



Ausschuss für Heimat und Kommunales

11. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:36 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Guido Déus (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

Sichere Zuflucht braucht Organisation – Landesregierung muss Organisationchaos beenden und Kommunen unterstützen

3

Antrag
der SPD-Fraktion
Drucksache 18/1372

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Vorsitzender Guido Déus: Ich darf Sie zu unserer heutigen Anhörung von Sachverständigen des Ausschusses für Heimat und Kommunales herzlich begrüßen. Es ist für uns unsere 11. Sitzung bzw. die zweite am heutigen Tage. Wir beschäftigen uns heute mit dem Thema

Sichere Zuflucht braucht Organisation – Landesregierung muss Organisationschaos beenden und Kommunen unterstützen

Antrag
der SPD-Fraktion
Drucksache 18/1372

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Ich möchte Ihnen zunächst einmal ganz herzlich danken, dass Sie sich an einem Freitagnachmittag für uns die Zeit genommen haben, und hoffe, dass die Wetterprognosen nicht so eintreten, wie sie teilweise angekündigt sind, und wir alle nachher sicher für eventuelle Abendveranstaltungen ohne zu heftigen Schneefall nach Hause kommen. Ich begrüße, auch zugeschaltet, Herrn Sonders. Schön, dass das mit der Zuschaltung geklappt hat.

Ein paar Hinweise möchte ich zu Beginn der Anhörung geben, zum einen, dass sich Sachverständige im Rahmen einer Videokonferenz in unsere Anhörung zuschalten lassen können. Diese Möglichkeit ist gemäß eines Beschlusses des Ältestenrates vom 2. September letzten Jahres derzeit machbar. Wir haben Herrn Sonders heute in der Zuschaltung. Eine generelle Videozuschaltung von Mitgliedern unseres Ausschusses sowie den Referenten der Fraktionen bzw. der Landesregierung ist seit dem Beschluss des Ältestenrates ebenso möglich. Im Fall einer Zuschaltung kann aber kein Rederecht oder Abstimmungsrecht von diesem genannten Personenkreis geltend gemacht werden.

Zum Ablauf der Anhörung. Wir sind sehr anhörungserprobt, gerade in diesem Ausschuss. Ich erinnere mich da gerne an die letzte Legislaturperiode. Wir haben eine allgemeine Verständigung darauf, dass die Sachverständigen zu Beginn der Anhörung keine Eingangsstatements abgeben. Sie können ganz sicher davon ausgehen, dass Ihre schriftlichen Stellungnahmen, die größtenteils auch vorliegen, den Abgeordneten hier bekannt.

Bezüglich der Fragen der Fraktionen und den Antworten durch die Sachverständigen haben wir gemäß Absprache der Obleute folgenden Vorschlag: Die Fraktionen werden in einer Fragerunde in der Reihenfolge der Mehrheit aufgerufen. Die Fragesteller sind jeweils gebeten, pro Fragerunde maximal drei Fragen zu stellen und deutlich zum Ausdruck zu bringen, an wen der Sachverständigen sie diese Frage, an alle oder einzelne, konkret gerichtet haben möchten.

Bei der Beantwortung sind die Sachverständigen gebeten, ihre Antwort in einem maximal fünfminütigen Beitrag zu geben. Die Namensnennung des Sachverständigen vor

einem Statement erfolgt durch mich, durch die Sitzungsleitung, um es für das Protokoll etwas einfacher zu machen.

In diesem Sinne würde ich gerne mit der heutigen Anhörung starten. Wir haben gerade noch einen Hinweis, der Vertreter des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Faber, ist kurzfristig erkrankt und kann nicht teilnehmen. Dann wünschen wir ihm von unserer Seite aus baldige Genesung und gute Besserung.

Dann würde ich in die ersten Fragerunde einsteigen wollen, wie vereinbart nach der Größe der Fraktionen, und würde somit zunächst mit der CDU-Fraktion, Herrn Kollegen Frieling, anfangen.

Heinrich Frieling (CDU): Herr Vorsitzender! Herzlichen Dank vor allem an die Sachverständigen für die Bereitschaft, heute hier zu sein, aber auch für die schriftlichen Stellungnahmen im Vorfeld.

Ich starte mit drei Fragen. Ich sage auch vorher, an wen ich sie richte. Ich würde einmal mit den Praktikern anfangen und Herrn Nießing, Herrn Dr. Rau und Herrn Renzel fragen wollen: Wie gestaltet sich aktuell der zeitliche Vorlauf und auch der Informationsfluss bei der Zuweisung der Flüchtlinge?

Meine zweite Frage an Herrn Nießing und Herrn Renzel ist: Wie klappt aktuell die Kommunikation mit der Bezirksregierung Arnsberg, die landesweit zuständig ist, auch vor dem Hintergrund, dass eine zusätzliche Stelle gefordert wird?

Und die dritte Frage geht an die anwesenden kommunalen Spitzenverbände und Herrn Dr. Rau: Die Antragsteller fordern die zusätzliche Erstellung eines wöchentlichen Lagebildes, für das auch weitere Daten erhoben werden müssten, zum Beispiel bei den Kommunen über die Belegung von Turnhallen und dergleichen. Ist denn ein solcher Aufwand gegenüber dem möglichen Nutzen überhaupt gerechtfertigt, zumal es ja auch schon einen Newsletter des zuständigen Ministeriums gibt?

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Kollege Frielings. Könnten Sie nochmal sagen, an wen Sie die erste Frage gerichtet hatten. Wir waren nicht schnell genug hier im Protokollieren.

Heinrich Frieling (CDU): An Herrn Nießing, Herrn Dr. Rau und Herrn Renzel.

Vorsitzender Guido Déus: Ganz herzlichen Dank! Als Nächstes in der Reihenfolge käme die SPD-Fraktion dran, Herr Kollege Moor.

Justus Moor (SPD): Ich schließe mich dem Dank für die schriftlichen Stellungnahmen an, die uns sehr weiterhelfen, auch was die verschiedenen Themen anbelangt, und würde auch ähnlich anfangen wie der Kollege Frieling, nämlich erst bei den Praktikern vor Ort, und würde die erste Frage an Herrn Nießing, Herrn Kopietz, Herrn Renzel, Herrn Sonders – live zugeschaltet – und Herrn Rau stellen. Die Frage betrifft die Plätze in Ihren Kommunen, die Sie auf Reserve vorhalten, ob Sie benennen können, wie das

erstens organisatorisch klappt, zweitens wie der finanzielle Bedarf bei Ihnen vor Ort dadurch ist?

Die zweite Frage, ähnlicher Inhalt, geht an die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, Herrn Hahn, Herrn Wohland. Können Sie sagen, wie viele Plätze insgesamt in NRW als Reserve vorgehalten werden sollten, sowohl kommunal als auch durchs Land?

Und dann an alle, bis auf Herrn Essler, die Frage nach den Mitteln für Kita- und Schulplätze, die die Kommunen aufgrund des gestiegenen Bedarfs durch Geflüchtete vorhalten müssen. Können Sie benennen, welche zusätzlichen finanziellen Mittel schätzungsweise benötigt werden, um dem gerecht zu werden, sowohl bezüglich Wohnraum – ich versuche, es nochmal zu spezifizieren – als auch Kita- und Schulplätzen, die vorgehalten und geschaffen werden müssen?

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Kollege Moor. – Wir kämen zur grünen Fraktion und da zu Herrn Kollege Dr. Korte, bitte.

Dr. Robin Korte (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Auch von meiner Seite nochmal herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Stellungnahmen, die schon viele Informationen enthalten, und dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen.

Ich will alle meine drei Fragen auf die Thematik von Vorhaltekapazitäten und ihre Finanzierung konzentrieren. Der Wunsch nach so einer Finanzierung und einer stärkeren Vorbereitung durch Vorhaltekapazitäten wird in vielen Stellungnahmen sehr deutlich. Deshalb die Fragen auch wieder an die Kollegen aus der Praxis, Herrn Rau, Herrn Nießing und Herrn Renzel, aber auch an die kommunalen Spitzenverbände, soweit sie sich dazu auskunftsfähig sehen.

Können Sie aus Ihren jeweiligen Städten näher darstellen, in welchem Umfang und welcher Form Sie sich die Vorhaltung von kommunalen Unterbringungsmöglichkeiten in der Praxis bei Ihrer jeweiligen Kommune gut vorstellen können, und inwiefern Sie sie in den letzten Jahren vielleicht schon realisiert haben?

Dann die zweite Frage: Wofür können die vorgehaltenen Unterkünfte, wenn man sie denn hat, sinnvoll genutzt werden, wenn sie gerade nicht durch Geflüchtete ausgelastet sind, aber so, dass sie auch jederzeit für Geflüchtete kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können? Was für Möglichkeiten gibt es da oder haben Sie da vielleicht schon geschaffen?

Und als Drittes die Frage zur Finanzierung, insbesondere an die kommunalen Spitzenverbände: Wo und in welcher Höhe entstehen Ihnen durch das Vorhalten Kosten? Und wie könnte aus Ihrer Sicht ein Finanzierungsmodell zur Förderung von so einer Vorhaltung auf Landesebene aussehen?

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Korte. – Wir kämen zur FDP-Fraktion. – Herr Kollege Wedel, bitte.

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank! Auch seitens der FDP-Fraktion einen ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen für die schriftlichen Ausarbeitungen und auch für die Gelegenheit, Ihnen hier heute noch Fragen stellen zu können.

Ich möchte meine erste Frage an die kommunalen Spitzenverbände, an den Sachverständigen Renzel und an den Sachverständigen Kopietz richten. Sie sprechen in Ihren Stellungnahmen Probleme bei der Verteilung der kommunalen Zuweisungen und die fehlende Abstimmung zwischen den FlüAG-Verteilungsschlüsseln einerseits und der Erfüllungsquote für Geflüchtete mit einer Wohnsitzauflage andererseits an. Wie sollten aus Ihrer Sicht die Quoten für Zuweisungen besser miteinander verbunden werden bzw. die Grundlagen der Berechnung des Verteilsystems neu gestaltet werden?

Die zweite Frage geht an die kommunalen Spitzenverbände. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme den fehlenden Ausgleich der Kosten bei Gesundheitsversorgung, Pflege und Eingliederungshilfe für Ukraine-Geflüchtete infolge des Rechtskreiswechsels an. In welchem Umfang bestehen hier finanzielle Mehrbelastungen? Wie könnte ein Ausgleich organisiert werden?

Und die dritte Frage richte ich an die Sachverständigen Nießing und Renzel. Sie fordern in Ihren Stellungnahmen, dass nur Geflüchtete mit Bleibeperspektive den Kommunen zugewiesen werden sollten bzw. dass Personen aus sicheren Herkunftsländern oder Dublin-Fälle grundsätzlich bis zu 18 Monaten in den Landeseinrichtungen verbleiben sollten. Inwiefern war in dieser Hinsicht der Asylstufenplan der vorherigen Landesregierung mit einer längeren Unterbringung in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes hilfreich? Und sollte dieser Asylstufenplan fortgeführt werden?

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel! – Wir kämen zur AfD-Fraktion. Herr Kollege Tritschler, bitte.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch von unserer Seite für die ausführlichen Stellungnahmen.

Für die erste Runde drei Fragen. Die erste Frage geht an Herrn Kopietz. Sie erwähnen in Ihrer Stellungnahme, dass von den 1.904 Flüchtlingen in Ihrer Stadt nur etwa 488 die ukrainische Staatsangehörigkeit haben. Da würde mich mal interessieren: Welche anderen Herkunftsländer sind da überwiegend? Vielleicht können Sie die drei bedeutendsten Herkunftsländer einmal nennen.

Dann an Herrn Essler: Sie betonen die permanente Überforderung und auch insbesondere den Personalmangel der Kommunen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik. Können Sie das noch etwas ausführen? Und wie sollten sich Ihrer Meinung nach Kommunen verhalten, die an ihre Grenzen stoßen?

Und schließlich an Herrn Dr. Rau von der Stadt Köln: Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass es bisher erfreulicherweise möglich ist, auf Zelte und Turnhallen zur Unterbringung zu verzichten. Wieweit sind die Kapazitäten da noch in Köln? Wie viel kann Köln noch aufnehmen, bevor es dann soweit ist, wieder auf diese Unterbringungsmöglichkeiten zurückgreifen zu müssen? – Vielen Dank.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler! Das macht es mir als Vorsitzenden leicht, weil alle Sachverständigen auch angesprochen worden sind, wenn wir das hier vorne richtig notiert haben. Und ich würde dann vorschlagen, in der Reihenfolge vorzugehen, wie das Tableau aufgebaut ist, und würde zunächst für den Städtetag Stefan Hahn bitten, auf die Fragen zu antworten, die sich auf ihn bezogen.

Stefan Hahn (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Einladung. Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die erste Frage kam von Herrn Frieling zum Dashboard, zum wöchentlichen Lagebericht sozusagen.

Das ist auch etwas, von dem wir hören, dass es auf der Bundesebene jetzt auch versucht wird. Tatsächlich sind aktuellere Informationen über die Lage wünschenswert. Seit einigen Wochen gibt das zuständige Ministerium einen Newsletter heraus, in dem beispielsweise wichtige Informationen für die Kommunen drin stehen wie zum Beispiel die Auslastung der Landesunterkünfte, der Erstaufnahmeeinrichtungen oder auch der Zentralen Unterbringungseinrichtungen, Zugangszahlen und dergleichen. Das sind wichtige Informationen für die Kommunen, um auf der Grundlage eine eigene Prognose abzugeben: Wie stark können wir damit rechnen, dass neu ankommende flüchtende Menschen in Landeseinrichtungen aufgenommen werden müssen oder relativ schnell weiter in die Kommunen geschickt werden müssen?

Sie stellen richtigerweise die Frage – deswegen muss man genau hinschauen –, wie dieser wöchentliche Lagebericht aussehen soll. Angesichts des allgemein bestehenden Personalmangels muss man darauf achten, dass nicht zu viel Bürokratie entsteht. Eine wöchentliche Abfrage des Bestandes in den Kommunen wäre sicherlich ein Aufwand, der sehr hoch wäre. Der Grundgedanke, einen wöchentlichen Lagebericht zu machen, ist auf jeden Fall gut. Wir kommen gerne von der kommunalen Ebene mit dem Ministerium ins Gespräch, um zu schauen, wie mit einem überschaubaren bürokratischen, administrativen Aufwand ein wöchentliches Lagebild erstellt werden kann, das einen Informationsgehalt hat, der weiterhilft, aber auf der anderen Seite auch die Kommunen nicht überlastet.

Herr Moor, wie viele Plätze sollen vorgehalten werden und wie viele Mittel sind dafür notwendig?, hatten Sie gefragt. Wir sind gemeinsam von der kommunalen Ebene aus seit Monaten, schon vor dieser Flüchtlingskrise auf das Land zugegangen und haben gesagt, wir brauchen Planungsgrundlagen. Dann wird schnell reagiert, indem man sagt, was sollen wir machen?, wir haben auch keine Glaskugel. Prognose ist immer schwer. Aber deswegen muss man – und das ist unsere Forderung letztendlich, vielleicht ist Prognose der falsche Begriff, Szenario ist vielleicht besser – sagen: Es ist dringend notwendig – und das ist unsere gemeinsame Forderung –, dass Bund, Länder und Kommunen sich darüber verständigen, von welcher Lage wir im kommenden Jahr ausgehen, damit sich alle Beteiligten aufgrund der gleichen Planungsgrundlagen danach ausrichten können, wie viele Plätze zum Beispiel vorgehalten werden sollen. Und wir würden uns in NRW von kommunaler Seite auch wünschen, dass dafür sowohl die Frage, wie viele Landesplätze in Landeseinrichtungen vorgehalten werden müssen, aber auch die Frage, wie viele Plätze die Kommunen vorhalten sollen, dafür eine Grundlage ist.

Es geht vor allen Dingen um Finanzen, aber es geht nicht nur um Finanzen. Die Praktiker werden gleich sicherlich viel besser als ich berichten können, dass die Frage, ob ich eine nicht belegte Einrichtung offen lasse oder ob ich sie wieder beseitige, um dort sozialen Wohnungsbau oder einen Kindergarten zu betreiben, natürlich eine hoch brisante kommunalpolitische Fragestellung ist. Deswegen ist immer der Druck an der Stelle da, nicht belegte Einrichtungen abzubauen, obwohl man sie möglicherweise im nächsten Monat wieder benötigt. Dafür braucht man einfach eine verlässliche Planungsgrundlage.

Die Kostenfrage ist schwierig. Da müssten wir tatsächlich mit dem Land auch ins Gespräch kommen, um zu ermitteln, wie hoch die Kosten sind. Eines ist, glaube ich, ein wichtiger Indikator: Plätze in Sammelunterkünften sind deutlich teurer als vergleichbarer Wohnraum. Wie erleben zum Beispiel bei Menschen, die einen SGB-II-Anspruch haben, aber mangels Wohnraum in den Unterkünften bleiben müssen, dass die akzeptablen, die anerkannten Kosten durch die Jobcenter nach SGB II bei Weitem nicht ausreichen, um die Kosten der Unterkünfte zu decken. Also von daher Indikator: Auf jeden Fall sind die Kosten der Vorhalteinrichtungen teurer als vergleichbarer Wohnraum.

Herr Dr. Korte, wenn ich es richtig sehe, habe ich die Frage, Vorhalt in welchem Umfang?, schon beantwortet. Wir brauchen ein Szenario, an dem sich alle Beteiligten orientieren können. Finanzierung – da ist eben auch gefragt worden, wie ein Modell aussehen könnte. Wir haben letztendlich über die FlüAG-Pauschale ein Instrument, die belegten Plätze abzurechnen. Da kann man immer auch über die Höhe streiten, aber da hat es in der letzten Legislaturperiode auch eine Verständigung über die Höhe der FlüAG-Pauschale zwischen Kommunen und Land gegeben.

Auf der Grundlage, aufgrund der wissenschaftlichen Gutachten, die aus der Zeit noch vorliegen, könnte man fragen: Was kostet ein nicht belegter Platz? Bestimmte variablen Kosten fallen nicht an, aber Fixkosten fallen weiter an. Auf der Grundlage kann man dann ermitteln – nicht belegte Plätze, wie viel müsste an der Stelle erstattet werden?

Herr Wedel, Verteilung FlüAG und Wohnsitzauflage: Das sind Systeme, die im Moment, parallel voneinander, unabhängig existieren. Das führt dazu, dass Städte, die eine deutliche Übererfüllung in der Wohnsitzauflage, über 200 %, haben, trotzdem nach FlüAG Zuweisungen bekommen. Da sagen wir als Städtetag: Da muss es eine Wechselwirkung geben. Da muss in einer FlüAG-Novellierung geschaut werden, inwieweit zumindest eine Berücksichtigung bei der FlüAG-Verteilung stattfinden muss, wenn es Städte gibt, die eine deutliche Übererfüllung haben. Man muss vielleicht nicht zwingend eine 1:1-Verrechnung machen, das wäre vielleicht auch nicht sachgerecht, aber es muss eben eine Interaktion dieser beiden Systeme geben, und die existiert im Moment nicht.

Und Thema „Gesundheitskosten“, „SGB XII-Kosten“, die Krankenhilfe für nicht erwerbsfähige Menschen. Im SGB II sind sie ja im Krankenversicherungsschutz, also erwerbsfähige Ukrainer beispielsweise sind im Krankenversicherungsschutz über SGB II. Aber nicht erwerbsfähige Geflüchtete aus der Ukraine beispielsweise sind nicht

im Krankenversicherungsschutz SGB II. Das können gerade bei älteren Menschen richtig hohe Kosten werden.

Da stellen wir uns vor, dass es eine Vorleistung der örtlichen Sozialhilfeträger, SGB XII, gibt und im Folgejahr mit dem Land abgerechnet wird, wie viele Aufwendungen entstanden sind. Das wäre kein ganz neues System, weil wir beispielsweise im Bereich der Kosten im Asylbewerberleistungsgesetz für die Krankenhilfe auch ein System haben, wo es eine Spitzenregelung, eine Deckelung gibt. Kosten pro geflüchteten Menschen, die eine gewisse Größenordnung, 30.000 Euro sind es, glaube ich, für die Krankenhilfe überschreiten, können mit dem Land abgerechnet werden. Das wäre nichts Neues. Wir können uns gut vorstellen, dass das an der Stelle eingeführt werden würde.

Ich glaube, das sind die Fragen, die an den Städtetag zumindest gerichtet wurden. Deswegen würde ich es dabei bewenden lassen.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Hahn. Der Erste hat es auch immer am schwersten, die anderen können sich dann darauf beziehen. Wenn wir in der Rednerliste so weitermachen, kommen wir jetzt zum Vertreter des Städte- und Gemeindebundes und damit zu Herrn Wohland, bitte.

Andreas Wohland (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auch ich bedanke mich für die Einladung, heute zu dem Thema zur Verfügung stehen zu können. Das Thema begleitet uns auch in diesem Jahr. Also trotz des neuen Jahres und der guten Wünsche stellen wir ganz schnell fest, dass uns die alten Probleme leider auch im neuen Jahr begleiten werden.

Ich möchte kurz an ein paar Stellen ergänzen, einmal zu der Frage der CDU-Fraktion. Auch wir würden uns eine engere Taktung bei dem Newsletter vorstellen. Der Newsletter ist gut. Den haben wir mit Erfolg letztlich in den Jours fixes, die wir immer haben, eingefordert, weil die Kommunen ein Stück weit – so schwierig das ist – eine Planungsgrundlage brauchen. Er müsste um Elemente erweitert werden. Das haben wir auch auf Arbeitsebene schon besprochen, um bei aller Schwierigkeit auch einen Blick in die Zukunft zu wagen. Da müssen alle Erkenntnisse herangezogen werden, die auch dem Bund vorliegen. Der Bund ist da sicherlich auch in der Verpflichtung, möglichst hier das Dunkelfeld zu erhellen.

Ob das ein wöchentlicher Newsletter sein muss, das bleibt dahingestellt. Aber ich könnte mir sehr gut zumindest einen zweiwöchentlichen Newsletter vorstellen. Wir haben im Moment die Situation, dass wir den letzten Newsletter vom 15. Dezember haben. Das ist mittlerweile wieder fünf Wochen her, und wir können uns alle vorstellen, dass man mit solchen Zahlen nur wenig arbeiten kann, wenn es darum geht, irgendwelche Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Nach den Reserveplätzen ist gefragt worden. Wir haben in beiden kommunalen Spitzenverbänden in den Vorständen und Präsidien gefordert, dass zumindest die Kapazitäten wieder aus der Flüchtlingskrise 2015/2016 landesseitig eingerichtet werden

sollten. Das wären dann Minimum 70.000 Plätze. Derzeit haben wir so um die 30.000 Plätze, sodass wir da noch deutlich Luft nach oben sehen. Denn je mehr Plätze das Land zur Abpufferung vorhält, desto weniger Plätze müssen die Kommunen als Reserveeinrichtungen vorhalten. Man kann sich schnell vorstellen, dass zentral vorgehaltene Reservekapazitäten im Zweifel ökonomisch auch günstiger vorzuhalten sind als ganz viele dezentrale Einrichtungen, wo die Kommunen überhaupt nicht wissen, wie viele Flüchtlinge vor Ort konkret in welcher Zeit unterzubringen sind.

Dass jede Kommune selber ein atmendes System haben muss, ist vollkommen klar. Wie groß dann die Puffereinrichtungen oder die Pufferkapazität sein müssen, das müsste mit dem Land verbindlich verabredet werden und dann auch refinanziert werden. Denn im Moment ist es in der Tat so, wie der Kollege Hahn ausgeführt hat: Es werden Plätze vorgehalten, weil die Politik sagt, da kommen im Herbst/Winter noch ganz viele Leute zu uns, bereitet euch vor, schafft Kapazitäten! Aus welchen Gründen auch immer kommen die aber vor Ort nicht an oder nicht in dem zunächst mal erwarteten oder befürchteten Umfang. Dann ist das Ganze ein Haushaltsrisiko, das die Kommune vor Ort trifft. Das schreckt natürlich viele Kommunen ab, die – das wissen Sie auch in diesem Ausschuss – sowieso strukturell nicht auf Rosen gebettet sind.

Das hindert dann die Kommunen auch daran, solche Vorhaltekapazitäten aufzubauen. Dann muss man im Zweifel, wenn es soweit ist, auf die berühmte Turnhalle zurückgreifen. Wir haben in einer Umfrage im November letzten Jahres ermittelt, dass alleine in unserem Mitgliedsbereich jede fünfte Kommune schon Turnhallen in Beschlag hat und damit rechnet, im Winter auch noch weitere Turnhallen einsetzen zu müssen.

Ganz kurz noch zum Asylstufenplan: Der war vom Grundsatz her richtig. Der ist von den richtigen Annahmen ausgegangen, nur die Menschen mit Bleibeperspektive in die Kommunen zu verteilen, damit wir uns auf diese Menschen auch konzentrieren können, was die Integrationsleistungen angeht.

Insofern, glaube ich, kann ich auch für die kommunalen Spitzenverbände insgesamt sprechen, dass man an diesem Asylstufenplan grundsätzlich festhalten sollte. Dazu gehört natürlich in letzter Konsequenz auch, dass Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, unmittelbar aus den Landeseinrichtungen wieder zurückgeführt werden. Das ist sehr schwierig. Wir sehen alle, dass die Rückführungszahlen auch an vielen, rein faktischen Hindernissen scheitern. Und die Höchstverweildauer in Landeseinrichtungen wird auch das eine oder andere Mal gerissen, sodass wir auch Menschen zugewiesen bekommen, die keine Bleibeperspektive haben. Das ist sicherlich langfristig keine gute Lösung. – So viel vielleicht von mir.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Wohland. – Da wir jetzt keine Vertretung vom Landkreistag haben, Herr Dr. Faber hatte sich ja entschuldigt, ich hatte es vorgelesen, kämen wir dann zum 1. Beigeordneten und Kämmerer der Stadt Borken, zu Herrn Nießing, bitte.

Norbert Nießing (Stadt Borken): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank auch für die Möglichkeit, aus ganz praktischer

Sicht, auch aus einer eher kleineren Kommune – die Stadt Borken hat 43.000 Einwohner – vielleicht den einen oder anderen Input hier geben zu können.

Zu den einzelnen Fragen: Wie gestalten sich aktuell der zeitliche Vorlauf und Informationsfluss? Ich bin jetzt schon ein paar Jahre länger mit dabei, ich kenne auch die Situation 2015/2016 noch. Ich muss schon sagen, seitdem hat sich vieles auf allen Ebenen und mit allen Beteiligten deutlich verbessert. Wir sind aktuell zufrieden. Wir haben bei Zuweisung einen Vorlauf aktuell und in den letzten Wochen und Monaten von etwa zwei Wochen. Damit können wir arbeiten, wenn die Anzahl der zugewiesenen Personen nicht zu groß ist. Wir machen gute Erfahrung auch mit der Bezirksregierung Arnsberg, muss man sagen. Auch das hat sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Es ist möglich, Einzelabsprachen zu treffen, wenn es darum geht, dass es besondere Situationen vor Ort gibt. Also insofern sind wir da sehr zufrieden.

Zum Thema „wöchentliches Lagebild“: Es ist schon einiges gesagt worden. Da kann ich mich nur anschließen.

Dann war die Frage nach Plätzen in Kommunen und Reservehaltung. Das ist für uns ein ganz schwieriges Thema, nicht weil wir es nicht wollten, sondern weil wir es gern tun würden. Aber ich kann Ihnen nur sagen – Stadt mit 43.000 Einwohner –, wir haben neben sonstigen Geflüchteten alleine aus der Ukraine 550 Personen untergebracht und zu einem Großteil tatsächlich in städtischen Einrichtungen, wobei man immer auch sagen muss, dass es nach wie vor noch eine hohe Bereitschaft aus der Bevölkerung gibt, Wohnraum anzubieten und auch Personen aufzunehmen. Wir sind immer und dauerhaft auf der Suche nach geeigneten Objekten, Bürogebäuden, die wir umbauen. Wir konnten Tagungshäuser anmieten. Es kamen ein paar glückliche Umstände zusammen. Aber wir kommen tatsächlich jetzt an Reserven, weil einfach nichts mehr möglich ist.

Der nächste Schritt wird auch bei uns dann irgendwann sein, Sporthallen, Raumsystemlösungen zu nutzen, weil man ansonsten nichts mehr hat. Wir wären bereit, den Schritt zu gehen, wenn wir entsprechende Kapazitäten nicht mehr haben. Wir versuchen immer, in einem Vorlauf zu sein, dass wir die erwarteten Personen in einem Zeitraum von vier/sechs Wochen aufnehmen können.

Die Finanzierung ist natürlich auch wichtig. In dem vergangenen Jahr sind erhebliche Mittel in die Kommunen gegangen. Ob das nun ausreichend und auskömmlich ist, ist sicherlich die Frage. Aber das federt jedenfalls einen Großteil schon ab. Wenn wir jetzt noch massiv in neue Strukturen reingehen müssen, bekommen wir ein Problem. Insofern setzen wir darauf, dass auch weiterhin den Kommunen Mittel zusätzlich zu FLÜAG-Pauschalen zur Verfügung gestellt werden, um diese besonderen Aufwendungen, die man hat und die eine erhebliche Dimension erreichen, neben den personellen Aufwendungen, die wir zusätzlich leisten, abzufedern.

Besondere Sorge macht uns die Versorgung mit Kita- und Schulplätzen. Ich glaube, das ist eine Frage, die in der bisherigen Diskussion völlig unterschätzt worden ist. Wohnraum, vielleicht auch provisorischen Wohnraum anzubieten, ist das eine, aber eine Kitaversorgung nach bei uns in Jahrzehnten entwickelten Standards zu schaffen,

ist schlichtweg unmöglich. Wir waren in der besonderen Situation in der Vergangenheit, dass wir immer stolz darauf waren, dass es bei uns keine Warteliste für Kitas gibt. Das ist tatsächlich jetzt anders, und das kriegen wir auch so schnell nicht hin, selbst wenn wir sogar den Neubau einer Kita planen. Und da muss man sich auch gemeinsam Gedanken machen: Was sind die Standards, wie geht das mit Brückenprojekten, welche Anforderungen müssen da erfüllt werden? Ich glaube, wichtig ist eine strukturelle Betreuung. Aber da sehe ich noch größeren Diskussionsbedarf.

Und das Gleiche gilt für Schulen. Es wäre schon unsere Einschätzung, dass irgendwann das System Schule einfach überlastet ist, weil es sehr schwer ist, entsprechende Kapazitäten anzubieten, und zwar insbesondere in dem Bereich Personal.

Zu der Frage Unterkünfte, das war ergänzend, wie können sie ansonsten genutzt werden? Ich glaube, diese Frage kann man pauschal nicht beantworten, weil das immer sehr vom Einzelfall abhängt. Insofern, glaube ich, sind sehr individuelle Betrachtungen dann auch notwendig.

Eine Frage ging auch in diese Richtung: Wie ist das bezüglich des Asylstufenplans? Da kann ich mich nur anschließen. Ja, der war sinnvoll, er hat viele positive Aspekte, da muss man auch konsequent so ansetzen. Und so etwas würde ich mir auch für die Zukunft wünschen. Vielleicht insofern die Ergänzung zu den vorherigen Stellungnahmen.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Nießing. – Dann kämen wir zum Stadtdirektor der Stadt Bochum, zu Herrn Kopietz, bitte.

Sebastian Kopietz (Stadt Bochum): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich bedanke mich, hier eine kommunale Perspektive, diejenige der Stadt Bochum, einbringen zu können.

Der erste Fragekomplex – ich würde das gerne noch einmal ein bisschen praktischer schildern – drehte sich darum, welche Reserveplätze werden überhaupt vorgehalten und wie läuft das operativ? In der Tat ist es so, dass wir in Bochum das als Unterarbeitsgruppe des Krisenstabes fahren, das heißt, es ist eine Sonderorganisation in der Kommune, die tatsächlich alle Möglichkeiten, weitere Unterkünfte zu schaffen, scannt.

Und da sind wir – gerade bei einem angespannten Wohnungsmarkt und bei einem angespannten Markt an Gewerbeimmobilien in einer Großstadt im Ruhrgebiet, und das ist sicherlich repräsentativ für viele – vor große Herausforderungen gestellt, weil die Objekte, die zum Teil am Markt noch verfügbar sind, mitunter auch in einem so schlechten Zustand sind, dass die Herrichtungskosten immens sind.

Wir gucken sowohl auf Wohnungen als auch auf Bestandsimmobilien, also auf größere Unterkünfte, haben aber auch die Situation, dass wir aktuell die Herrichtung einer Fläche mit Leichtbauhallen, die auch winter- und sommerfest sind, vornehmen. Das sind aber sehr unterschiedliche Projekte mit sehr unterschiedlicher Komplexität. Sie haben im Moment immer das Problem, gerade auch bei der Bereitstellung von Unterkünften, dass Handwerker nicht verfügbar sind, Materialien nicht geliefert werden können und die Kosten insgesamt auch deutlich in die Höhe gehen. Dazu kommt, das ist vielleicht

eine Sondersituation in Bochum – das habe ich in meiner Stellungnahme auch aufgeführt –, dass wir für die erste Inobhutnahme der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten landesweit zuständig sind. Das ist eine Situation, die sich massiv entwickelt hat im Herbst letzten Jahres. Da werden auch nochmal andere Anforderungen an so eine Liegenschaft, an Betreuungsmöglichkeiten gestellt.

Da haben wir jetzt, um das auch mal mit Zahlen zu unterfüttern, ein ehemaliges Studentenwohnheim in Bochum in Aussicht, dass wir tatsächlich als UmA-Unterkunft langfristig nutzen können. Da ist aber durchaus ein Millionenbetrag zu investieren. Sie fragen auch nach Zahlen. Ich weiß nicht, ob das für andere Städte repräsentativ ist. Aber wenn Sie über das Projekt Leichtbauhallen nachdenken, sind das Kosten, die der Kommune im Moment entstehen, von 11.000 Euro pro Person nur für die Herrichtung. Da ist der Betrieb noch nicht dabei.

Gleiches gilt – das sind ja die Folgen – bei der weiteren Bereitstellung von Kita- und Schulplätzen. Da reden wir bei Kitas in Bochum – auch das ist, wie gesagt, eine Einzelposition – über 50.000 Euro bzw. 70.000 Euro nur für die Errichtung eines Platzes. Da ist Personal und Betrieb noch nicht mit drin. Das, was Herr Hahn auch schon gesagt hat, in welchem Maße muss das Land eigentlich dieses Planungsszenario vorhalten?, auch eine entsprechende Pufferwirkung damit sicherstellen, und in welchem Maße müssten Kommunen unter den gerade angeschnittenen schwierigen Rahmenbedingungen eigentlich vorhalten?, das ist, glaube ich, für die Kommunen der essentielle Faktor, weil die Rahmenbedingungen so schwierig sind und kurze Vorläufe kaum noch möglich sind.

Und auch das konnte ich gerade nur anschneiden: Da entsteht auch ein erheblicher Finanzbedarf, den die Kommunen einfach auch nicht stemmen können, erst recht nicht, wenn sie in den politischen Beratungen im Rat vor der Frage stehen: Ist das jetzt wirklich alternativlos, so viel Geld in die Hand zu nehmen, um eine Liegenschaft zu ertüchtigen? Ist das denn tatsächlich nötig? Wir müssen an der Stelle tatsächlich sagen, wir sind aufgefordert, die Plätze herzurichten. Wir wissen letztlich aber nicht, ob da jemals Geflüchtete einziehen.

Sie hatten mich das zwar konkret nicht gefragt, aber ich sage trotzdem nochmal was zur Zwischennutzung. Selbstverständlich versuchen wir immer, das mitzudenken, wo es geht. So eine Leichtbauhalle, wenn die keinen Ausbau hat, sondern eine große Halle ist, ist auch für Vereine, für Sport gegebenenfalls attraktiv und kann auch für andere Dinge genutzt werden. Also, da gibt es schon Möglichkeiten, die müssen nicht komplett leerstehen.

Zum Thema Quote, warum es wichtig ist, die beiden Quoten, die aktuell existieren, zu verbinden, hat Herr Hahn, glaube ich, alles gesagt. Es führt tatsächlich zu Verwerfungen, und es ist operativ unheimlich schwierig, mit zwei Quoten zu arbeiten.

Dann war noch eine Frage der AfD-Fraktion. Ich glaube, da haben Sie meine Ausführungen ein klein wenig missverstanden. Von den in kommunalen Einrichtungen untergebrachten Personen ist nur ein relativ kleiner Teil ukrainischer Staatsangehörigkeit. Wir haben natürlich deutlich mehr ukrainische Geflüchtete auch in Bochum, die aber

oftmals immer noch privat bei Freunden, Bekannten unterkommen. Die anderen Nationalitäten, die auch nach Bochum flüchten, entsprechen, glaube ich, dem Schnitt, wie er in ganz NRW im Moment ankommt.

Vorsitzender Guido Déus: Ganz herzlichen Dank, Herr Kopietz. – Und dann kämen wir zu Herrn Essler vom Verein für Kommunalpolitik Nordrhein-Westfalen, bitte.

Bernd Essler (Verein für Kommunalpolitik NRW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist die Frage gestellt worden, wie dem Personalmangel in den Kommunen begegnet werden kann, was den Sektor Zuwanderer und Flüchtlinge angeht.

Wir haben die Situation, dass die Kommunen, ausgehend von dem Bestreben eines ausgeglichenen Haushaltes, in der Vergangenheit das Personal möglichst eng gehalten haben mit Ausnahme des Sozialsektors, der sich schon seit den Flüchtlingswellen in 2015 und 2016 aufgebaut hat. Wir haben in meiner Heimatstadt zum Beispiel eine Ausweitung des Sozialamtes in Form einer Verdreifachung des Personals, was natürlich den Sachaufwand auch betrifft.

Nun ist es so, dass die Anwerbung von Personal in Konkurrenz zu den privaten Nachfragern steht. Und da ist es nun so, dass das Bemühen, weiteres Personal aufzubauen, sehr schwierig ist. Es kostet viel Zeit. Selbst wenn man loslegt, dann dauert es ungefähr ein Jahr, bis jemand dann wirklich so leistungsfähig ist, dass er voll eingesetzt werden kann. Das ist jedenfalls so die durchschnittliche Erfahrung. Vor diesem Hintergrund ist es so, dass sich einerseits die Bewegungen im Zuwanderer- und im Flüchtlingsbereich dynamisch entwickeln, mal in die eine, mal in die andere Richtung, aber zurzeit permanent aufbauend, während zum Beispiel das Bemühen, Personal zu akquirieren, sehr langsam vorangeht. Dadurch ergibt sich natürlich eine gewisse Schere, sodass ein weiterer Bedarf in die Zukunft hinein entsteht.

Wenn man jetzt planen will, dann ist es so, dass die Städte, die Kommunen sich scheuen, Personal langfristig an sich zu binden, weil sie die Befürchtung haben, dass sie das Personal eines Tages in diesem Umfang nicht mehr benötigen, aber die Kosten weiterlaufen. Wie begegnet man dieser Problemstellung? De facto ist es in der Praxis so, dass man dann, wenn Anforderungen bestehen – das betrifft vor allen Dingen die Bereiche Sozialamt, Gebäudemanagement und ähnliche Dienste –, versucht, auf dritte Kräfte auszuweichen bis hin zu Freiwilligen Feuerwehr, dem THW, den sonstigen Hilfsdiensten, um den Anforderungen, die punktuell auftreten, in irgendeiner Form gerecht zu werden. Das ist bisher gelungen, weitestgehend, soweit ich das beobachtet habe. Aber das gilt nicht unbedingt für alle Kommunen. Das ist immer differenziert zu sehen, je nach Ortslage.

Aber allmählich sind diese Möglichkeiten auf dem Status null angelangt. Das liegt natürlich auch an der Menge der Zuwanderer und Flüchtlinge. Wie man in der Zukunft damit umgehen kann, weiß ich nicht. Es gibt natürlich Prognosen. Im Moment sieht es so aus, dass wir uns darauf einstellen müssen, dass diese Zuwandererquote ansteigen wird, wobei das Ende noch nicht absehbar ist. Infolgedessen stellt sich die Frage, ob

man nicht eine langfristige Planung vornehmen muss, um alle Kapazitäten weiter aufzubauen.

Wir haben auch die Situation, dass der Wohnraum im Grunde genommen fast vollständig vom Markt verschwunden ist. Es gibt kaum noch Gebäude, auch keine Gewerbegebäude, die sich für eine entsprechende Umrüstung eignen. Und infolgedessen wird es immer schwieriger, Platz zu schaffen. Irgendwann wird der Bestand der Turnhallen erschöpft sein. Es ist auch nicht sinnvoll, dass wir unsere Bevölkerung damit quälen, dass wir ihnen die Turnhallen, die Funktion der Turnhallen entziehen. Es muss ja ein normales Angebot geschaffen werden. Und diesen Handlungsbedarf muss man eigentlich an übergeordneter Stelle, auf übergeordnetem Niveau ermitteln. Das fehlt zurzeit noch. – Ist Ihre Frage damit beantwortet?

Vorsitzender Guido Déus: Ansonsten wird er gleich sicherlich nochmal eine Nachfrage stellen. Erst einmal ganz herzlich Dank, Herr Essler. – Wir kämen dann zu Herrn Peter Renzel, dem Vorsitzenden des Geschäftsbereichs 5 der Stadt Essen, bitte.

Peter Renzel (Stadt Essen): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Vielzahl an Fragen. Ich versuche, mich kurz zu fassen und manches sicherlich zu ergänzen.

Zum Vorlauf: Die Kollegen haben schon gerade gesagt, wir sind zufrieden mit dem Vorlauf, zwei Wochen sind gerade genannt worden. Das läuft in der Kommunikation mit der Bezirksregierung Arnsberg vorbildlich, weil wir in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 sehr viele gemeinsame Erfahrungen gemacht haben und auch sehr viel miteinander gelernt haben. Krisen sind auch dafür da, Fehler zu erkennen und zu lernen, und das läuft mit der Bezirksregierung aktuell ausgesprochen gut.

Wir haben zwei Säulen in dieser Flüchtlingskrise. Wenn der Angriffskrieg von Herrn Putin nicht wäre, würden wir hier nicht sitzen. Dann hätten wir in der Stadt Essen rund 1.300 Flüchtlinge, die aus anderen Ländern zugewiesen worden wären. Das wäre für uns „state of the art“. Das ist nicht das Thema. Das Thema ist die Unterbringung der Flüchtlinge aus der Ukraine, die, Gott sei Dank! – Sie können das in meiner Stellungnahme deutlich sehen – zu 60 % bis 70 % privat untergebracht worden sind. Ohne diese Solidarität der Zivilgesellschaft würden wir hier auch nicht sitzen, sondern wir wären alle zu Hause in unseren Städten und würden arbeiten und könnten uns eine solche Sitzung gar nicht erlauben – im Ruhrgebiet würde man sagen: Dann ist Ende mit Schönschreiben an dieser Stelle.

Sie haben Fragen gestellt, die in die Richtung gehen: Was lernen wir eigentlich aus der Flüchtlingskrise, auch aus der jetzigen? Wir liegen aktuell – die Ukraine außen vor gelassen –, was die Flüchtlinge angeht, bei 244.000 Asylanträgen, davon 218.000 Erstanträgen zum 31.12., auf dem Niveau von 2014. Wenn man sich die Weltlage anguckt – ich war im Oktober eine Woche lang in der Türkei, in der Provinz Edirne und habe mit Regierungsvertretern, mit der Opposition, mit Regierungsvertretern gesprochen. Alles wendet sich gegen die Flüchtlinge in der Türkei. Es gibt große Bestrebungen der syrischen Flüchtlinge und der afghanischen Flüchtlinge, weiter nach Europa

zu kommen. Die Stimmung ist nicht gerade gut. Das macht uns allen in den Städten sehr viel Sorge, die Beobachtung auf der Balkanroute genauso.

Wir sind da alle mittlerweile erfahren. Viele von uns sind viele Jahre im Geschäft. Es ist jetzt ungefähr die dritte Flüchtlingskrise nach 1990, die man unserer Generation an Führungskräften aufbürdet, die letzte 2015/2016. Nein, die hat nicht 2015 angefangen, sondern die hat 2012 angefangen. Da sind die Zahlen gestiegen. Unsere große Sorge aktuell ist – jetzt komme ich auf die Fragestellungen –: Was kommt denn tatsächlich? Keine Prognose möglich. Wer glaubt, dass ein Land oder eine Bundesregierung eine Prognose für die Kommunen darstellen kann und uns sagen kann, der irrt. Das ist nicht möglich.

Was uns gefällt, das hat Stefan Hahn gerade gesagt, ist: Wir müssen über verschiedene Szenarien reden. Und diese verschiedenen Szenarien zwischen der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den Vertretern der Kommunen müssen Grundlage für die Folgefragestellung sein: Was ist denn notwendig, und zwar nicht für 2023, sondern für 2023 ff.? Wir müssen endlich zu Planungen kommen, wie bei uns in den Kommunen auch, dass wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren gewappnet sind. Möglicherweise hört die jetzige Flüchtlingskrise 2024 im März auf, aber vielleicht kommt die nächste dann 2025 im September, wie auch immer.

Wir müssen Szenarien entwickeln. Das bedeutet, das ist unsere Forderung, die auch die Kollegen deutlich gemacht haben: Wir brauchen die Finanzierung von Vorhalteplätzen in jeder Kommune. Wir kennen das jetzt aus vielen Jahren. Nach der Flüchtlingskrise werden Einrichtungen abgebaut, zugemacht, geschlossen, weil sie auch nicht mehr refinanziert werden, weil keine Flüchtlinge mehr da sind oder zu wenig. Natürlich geht die Kommunalpolitik hin und sagt: Wir brauchen die Fläche für Wohnungsbau, für andere Dinge, für Kita, für Schule – Zielkonflikte allenthalben, ohne Ende.

Kurzum: Plätze in Kommunen, also Reserveplätze: Wir machen das so, dass wir nach der letzten Flüchtlingskrise gesagt haben: Wir nehmen ein Szenario an, wir brauchen x Plätze, die wir aber im Moment nicht haben. Wir haben Zeiten gehabt, vorletztes Jahr, wo wir von unseren 1.600 Plätzen gerade mal 300 belegt hatten, haben aber gesagt, alle Plätze – bis 1.600, 1.700 waren es – sind sakrosankt, die werden nicht abgebaut. Wir haben jede Menge abgebaut nach 2016, aber wir haben gesagt, die sind sakrosankt, wir stellen sie aber auf null. Reserve heißt bei uns: Sie sind innerhalb von vier Wochen belegbar, hochziehbar, mit Verträgen, mit Betreibern und, und, und. Das heißt bei uns Reserve.

Damit komme ich zu einer Fragestellung der Grünen. Leerstehende Gebäude sind für Kommunalverwaltungen der Garaus, da kann man nicht mit arbeiten, weil wir sehr schnell Vandalismus und dergleichen Zerstörungen haben. Also müssen wir sie nutzen. Wir nutzen sie, indem wir alle Einrichtungen im Low-Level-Standard halten. Wenn wir eine Einrichtung für 300 Leuten haben, aber wir haben gar nicht mehr genug Flüchtlinge, dann belegen wir die auf jeden Fall, aber mit 50, 60 und den Rest lassen wir frei, damit da Belebung im Stadtteil ist. Ich verstehe die Fragestellung: Was kann man mit Einrichtungen machen, die leerstehen oder halb- oder dreiviertel leerstehen? Ich bitte

sehr darum, dass wir keine landesweiten Standards dafür bekommen. In jeder Kommune werden solche Entscheidung getroffen.

Wir haben in einer Einrichtung, die aus drei Gebäuden besteht, in einem Gebäude eine Kita untergebracht, die wir für drei Jahre als Ersatzbau brauchten. Wir haben reichlich Möglichkeiten, das zu machen. Ein Problem ist, wenn Sie neue Projekte oder neue Angebote entwickeln und in solchen leerstehenden Gebäuden machen, dann werden Sie die Gebäude für Flüchtlinge nie mehr aufmachen können, weil die Leute im Stadtteil, in der Stadt sagen: Das kannst du doch nicht machen, du kannst doch jetzt nicht das oder das da rein tun. Das kann also keine Möglichkeit sein.

Die Frage nach der Finanzierung von Reserveplätzen: Ich schlage vor, dass wir für die Szenarien, die ja gerade auch von den kommunalen Spitzenverbänden angeführt werden, mal in einer kleinen Runde von erfahrenen Führungskräften zusammenkommen und die unterschiedlichen Möglichkeiten durchdenken. Eine der großen Möglichkeiten kennen wir schon, und zwar aus der Kinder- und Jugendhilfe. Wir haben in unseren Kommunen in der Regel alle Jugendschutzstellen. Die Jugendschutzstellen umfassen je nach Träger sechs Plätze, manchmal zehn Plätze, aber sie sind nie – Gott sei Dank! – voll belegt. Jetzt sagen wir in den Kommunen: Der Caritasverband oder die Arbeiterwohlfahrt haben eine Jugendschutzstelle mit zehn Plätzen. Dann sagen wir, ein Jugendschutzplatz kostet x Euro. Wenn der nicht belegt ist, bekommst du, vertraglich abgesichert, weiter 60 % oder 70 % der Kosten. Erst wenn die belegt sind, kommen die 100 %. Das sind so Grundannahmen, die wir eigentlich schon aus solchen Möglichkeiten kennen, wo wir drüber diskutieren müssen.

Aber wir müssen zuerst auch mal gucken, was kostet denn ein frei bleibender Platz? Wir wissen, was uns ein Flüchtling nach FlüAG kostet. Wir haben ein Gutachten gemacht. Die Kosten sind allgemein anerkannt, daher kommen die Flüchtlingspauschalen, die auch im Landeshaushalt grundgelegt sind. Von daher müssen wir genau so wieder denken, wie wir 2015/2016/2017 gedacht haben und die FlüAG-Pauschalen gedacht wurden. Wir können das gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Verwaltungsadministration im Ministerium. Wir können das miteinander entwickeln, verhandeln, und Sie als Politik können das letztendlich auch beschließen. Ich glaube, das lässt sich machen. Die Frage ist immer, die wir auch in die Bundesebene richten, inwieweit eine Refinanzierung aus den Bundesmitteln möglich ist.

Die FDP hatte gefragt zum Thema Verteilungsschlüssel. Ich glaube, wir tun gut daran – das mag man ja als provokant sehen –, dass man den Königsteiner Schlüssel, der nicht nur für Flüchtlingsverteilung, sondern für die Finanzverteilung allenthalben in der Bundesrepublik in den 50er-Jahren entwickelt worden ist, zu überdenken. Gerade im Bereich der Flüchtlingsunterbringung und der Integration von Flüchtlingen wissen wir, dass auch diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, viele Jahre bleiben. Wir müssen genau darüber nachdenken, wie wir Verteilungen anstreben. Deswegen habe ich nur diesen Impuls gegeben, dass ich sage, wir haben auf der einen Seite den ganz normalen FlüAG-Verteilungsschlüssel, nach Königsteiner Schlüssel knapp 21 % für Nordrhein-Westfalen vom Bund. In so eine Stadt wie Essen sind es knapp über 3 %. Daneben haben wir vor ein paar Jahren den Verteilungsschlüssel „Wohnsitzauflage“ entwickelt.

Ich sehe uns, Stefan Hahn, noch im Ministerium sitzen, wo wir dafür gekämpft haben, dass die Wohnsitzauflage nicht nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt wird, sondern wir haben gesagt, wir müssen die sozialen Belastungen in den Kommunen berücksichtigen. Deshalb ist in den Verteilungsschlüssel die Komponente 10 % Langzeitarbeitslosigkeit eingeflossen. Also 10 % der Verteilung berücksichtigt die Langzeitarbeitslosigkeit in einer Kommune. Den Impuls habe ich nochmal aufgenommen. Nach dem alten Verteilungsschlüssel „Wohnsitzauflage“ stehen wir jetzt bei der Bezirksregierung Arnsberg – zum Beispiel die Stadt Essen oder Duisburg oder Dortmund – bei über 200 %. Die wird aber bei der jetzigen Verteilung gar nicht zugrunde gelegt.

Ich werbe dafür, dass wir uns beide Verteilungsschlüssel, FlüAG und Wohnsitzauflage, mit den Belastungen in den Kommunen genauer angucken und überlegen, ob wir etwas Neues entwickeln können. Das heißt nicht, ich hätte schon ein Rezept, sondern ich möchte gerne, dass wir das infrage stellen und nochmal überdenken. Es kann sein, dass wir wieder zu der gleichen Annahme wie 2017 kommen. Aber es kann eben auch nicht sein.

Das Thema der Frage nach dem Asylstufenplan – unisono. Joachim Stamp hat genau das Richtige gemacht, um uns damals zu entlasten. Aber es muss auch ernst genommen werden. Und deshalb sage ich auch in meiner Forderung, wir brauchen – Stefan Hahn und Kollege Wohland haben es deutlich gemacht – mehr Landesplätze, damit wir sicher sind, wenn es so werden würde wie 2016. Es war Anfang 2016, im Jahreswechsel 2015/2016, als wir letztendlich keinen Vorlauf mehr hatten von der Bezirksregierung Arnsberg. Da ging es innerhalb von 24 Stunden. Wenn diese Zahlen von 600.000, 700.000, 800.000 Flüchtlingen, außerhalb der Ukraine, regelhaft kommen würden, dann hätten wir für sie keine Möglichkeit mehr der Privatunterbringung. Die Privatunterbringung läuft nicht für die zugewiesenen Flüchtlinge. Das ist nicht machbar.

Aber es wäre möglicherweise machbar, wenn, danach bin ich zwar nicht gefragt worden, aber ich sage es trotzdem nochmal: Ich habe auch in einer Regionalkonferenz von der Hausspitze gefordert, dass darüber nachgedacht wird, dass Privatleute, die unterbringen, die ihre Wohnung zur Verfügung stellen, Zimmer zur Verfügung stellen, eine Aufwandsentschädigung bekommen. Dafür brauchen wir einen Rechtsrahmen in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, dann könnten wir nochmal ein bisschen mehr schaffen als zurzeit, wo wir – Kollege Kopietz hat es gesagt –, wo wir in Leichtbauhallen oder Turnhallen unterbringen. Dann würde möglicherweise noch mal eine andere Solidarität durch die Bürgergesellschaft gehen, wenn wir eine Möglichkeit schaffen. Auch das erfordert wieder Personal, weil wir es kontrollieren müssen. Aber ich bin sicher, nach der Erfahrung mit der Ukraine tut es Not, über ein solches Szenario nachzudenken.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Renzel. – Jetzt werden wir digital und würden dem Bürgermeister der Stadt Alsdorf, Herrn Sonders, die Möglichkeit geben, die an ihn gestellten Fragen zu beantworten. Hallo, Herr Sonders, bitte.

Alfred Sonders (Stadt Alsdorf [per Video zugeschaltet]): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank auch für die Möglichkeit, an der Runde teilzunehmen.

Ich möchte alles unterstreichen, was insbesondere Herr Renzel und die Vorgänger aus der kommunalen Seite eben kundgetan haben. Vielleicht kann ich das Ganze an einem Praxisbeispiel mal ein Stück weit an Zahlen verdeutlichen. Aus der SPD kam die Frage der Vorhaltekosten. Für uns als Vergleich: Stadt Alsdorf hat 49.000 Einwohner, zweiter Strukturwandel nach der Steinkohle vor 30 Jahren, jetzt die Braunkohle, sozial problematische Bereiche, insbesondere rund um die Innenstadt, deswegen auch meinerseits die Unterstützung für die Forderung, die sozialen Problematiken, Langzeitarbeitslosigkeit bei der Verteilung der Flüchtlinge nochmal gesondert zu berücksichtigen.

Wir hatten 2015/2016 um die 700 Flüchtlinge, liegen jetzt bei knapp 1.100. Das macht allein schon deutlich, dass wir heute gegenüber der damaligen Flüchtlingskrise weitere Problematiken hinzubekommen haben. Ja, auch wir haben sehr viele Menschen in privaten Unterkünften unterbringen können, Ukrainer, aber auch das ist endlich. Wir merken, dass die Kapazitäten ausgeschöpft sind und die Bereitschaft der Menschen nach einigen Monaten sinkt. Wir haben auch eine Turnhalle zur Verfügung gestellt, um Flüchtlingen Unterkunft zu gewähren mit Betreuung und mit allem, was dazugehört. Da sind rund 80 Menschen untergebracht. Das ist städtisches Eigentum. Wir erwarten in Kürze 70 weitere Zuweisungen und waren aber mit der Turnhalle deutlich ausgereizt an Kapazitäten. Wir haben alles an Unterkünften genutzt, was wir auch seit 2015/2016 nicht aufgegeben haben.

Wir hatten uns diese Reserven in den städtischen Gebäuden vorgehalten. Sie sind alle pickepacke voll. So waren wir jetzt gezwungen, die Turnhalle zu nehmen, was natürlich bei den Vereinsnutzern nicht gerade auf Gegenliebe stößt. Wir haben nicht mehr die Reserven, auch nach 30 Jahren Sparprogrammen, und keine Luft im Turnhallenbereich, dass wir unsere Vereine woanders unterbringen können. Bei uns ist das Ehrenamt ganz wichtig, zumal wir längst von städtischer Seite aus kaum überhaupt noch was finanzieren können.

Deswegen hatten wir uns entschlossen, zum Jahresbeginn eine neue Unterkunft zu eröffnen, haben eine leerstehende Fabrikhalle, eine frühere Druckerei, angemietet. Da gehen bis zu 200 Leute rein. Da wollen wir jetzt die Menschen aus der Turnhalle überbringen und haben dann noch 120 Plätze Luft. 70, 80 Leute sind avisiert. Dann bleibt noch ein kleiner Puffer für den Rest des Jahres. Wir werden natürlich weiterhin mit unserer Städtischen Wohnungsbaugesellschaft daran arbeiten, uns da ein bisschen Luft zu verschaffen. Aber was heißt das für uns?

Die Anmietung der Fabrikhalle kostet uns 46.000 Euro monatlich Miete und Nebenkosten. Dazu kommen insgesamt rund 220.000 Euro monatlich für die Betreuung, will heißen – wir arbeiten sehr eng mit dem Roten Kreuz zusammen, auch viel Ehrenamt, aber es geht eben nicht alles ehrenamtlich – für Sicherheitsdienste, Verpflegung, Kinderbetreuung. Wir kriegen die Kinder der Flüchtlinge längst nicht mehr in unseren Kitas untergebracht. In den Schulen wird es zunehmend schwierig. Uns fehlen in unserer Stadt ohnehin 300 Kitaplätze, weil auch die Einwohnerzahlen gestiegen sind. Wir sind Großraum Aachen. Der Druck aus Aachen ins Umland, was Wohnen betrifft, ist immens groß. Wir haben fast die gleiche Einwohnerdichte wie die Stadt Köln. Da wird klar, dass bei uns kapazitätsmäßig nicht mehr viel zu machen ist.

In der Unterkunft selbst wird das Rote Kreuz die Menschen verpflegen, betreuen und sich auch um Kinder und Sozialarbeiten kümmern. Das kostet uns im Monat für 100 Leute 220.000 Euro. Wenn Sie die Zahlen mitverfolgt haben, Miete plus Betreuungskosten für 100 Leute, dann sind wir bei rund 2,5 Millionen Euro im Jahr. Wenn ich jetzt mal die FlüAG-Pauschale von 875 Euro im Monat pro Kopf dagegen rechne, kommt 1 Million Euro an uns zurück. Wir wissen, bei den ukrainischen Flüchtlingen sieht das etwas anders aus. Da läuft die Finanzierung übers Jobcenter. Aber auch da haben wir regional – Gott sei Dank! – ein gutes Zusammenwirken, sodass wir da auch ähnliche Erstattungen kriegen wie wir sie bei der FlüAG-Pauschale kriegen. Aber man darf nicht vergessen, unterm Strich, nur für diese 100 Leute bleibt bei uns ein städtischer Eigenanteil im Jahr von 1,6 Millionen Euro, der aus der Stadtkasse zufließen muss.

Jetzt muss man dabei wissen, wir sind Stärkungspakt-Kommune der Stufe 3, letztes Jahr, Pflicht zum Haushaltsausgleich. Wir haben jetzt ein Stück weit Isolierungsmöglichkeiten, aber bei uns bedeutet jeder Euro zusätzlich auf der Ausgabenseite, der nicht gegenfinanziert ist, gleichzeitig auch Steuererhöhungen. Wenn ich jetzt berechne, 1,5 Millionen Euro im Jahr heißt bei uns 100 %-Punkte Grundsteuererhöhung, die ich meinen Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich abnehmen müsste, alleine für diesen Punkt, den ich eben umschrieben habe. Das macht vielleicht auch deutlich, warum die Hilferufe aus der kommunalen Ecke immer stärker werden. Wir können das einfach nicht mehr leisten.

Wir tun alles, unsere Leute in den Sozialämtern arbeiten bis zum Umfallen, aber die Finanzierung reißt uns den Boden unter den Füßen weg, und wir schaffen das einfach nicht mehr, und der Druck ist ja da. Die Leute stehen auf der Matte und sagen, es kann doch nicht sein, dass wir jetzt hier über die Grundsteuer diese Dinge mitfinanzieren müssen, weil es bei uns tatsächlich nicht anders möglich ist. Wir alle wissen, im Moment dürfen wir was isolieren, dann schieben wir das Problem nochmal fünf Jahre weiter, und dann fällt es uns in den nächsten 50 Jahren auf die Füße. Das sind die Dinge, die man mal offen und klar sagen muss. Ich sage an der Stelle auch, ich erwarte seitens des Landes, dass man jetzt nachschärft.

Wir haben vor Weihnachten noch die Mitteilung bekommen, dass die Anpassung der FlüAG-Pauschale auf sich warten lässt. Das kostet uns auch jedes Jahr wieder 200.000 Euro, die uns fehlen, weil die Kosten weiterlaufen, die Sätze sind auch angehoben worden, die Gegenfinanzierung ist noch nicht da. Und das sind so Punkte, da bitte ich um Verständnis, das sorgt natürlich bei uns auf kommunaler Seite für Unmut und mittlerweile auch für Wut. Das sind Punkte, die man nicht unterschätzen darf. Darum bin ich auch dankbar, dass ich das heute hier so artikulieren darf.

Ich hoffe, an meinem Beispiel ist ein wenig klar geworden, warum das so ist. Wir sind ja Krisenmanagement gewöhnt auf kommunaler Seite. Der Kollege sagte eben, seit den 1990er-Jahren kriegen wir eine Krise nach der anderen vor die Füße geworfen. Wir machen das alles gern, wir haben ein Riesengerüst an Ehrenamt hinter uns, und die Leute arbeiten unermüdlich, aber es hat auch alles irgendwo ein Ende. – Sorry, dass ich das emotional rübergebracht habe. Ich glaube, dafür bin ich auch als Experte eingeladen worden.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Sonders. – Last, but not least kommen wir zum Beigeordneten der Stadt Köln fürs Dezernat V, Herrn Dr. Rau, bitte.

Dr. Harald Rau (Stadt Köln): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bleibe an den konkreten Fragen, beginnend mit Herrn Frieling von der CDU.

Mit dem zeitlichen Vorlauf bestätige ich das zuvor Gesagte, möchte aber kurz ausführen. An dieser Vorlaufthematik zeigt sich die wirklich rasante und gute Entwicklung der Kooperation zwischen Land und Kommune. Das war am Anfang sehr mühsam und hat sich dann zunehmend verbessert und ist jetzt richtig gut geworden, wobei die Kölner Situation eine vielleicht Luxus- oder auch genau Problemsituation ist, was die Zuweisung betrifft. Wir haben nämlich quasi eine negative Zuweisung. Wir weisen an die Landeserstunterbringung zu oder weiter aus dem Grund, weil wir in Köln quasi von den Menschen selbst aufgesucht werden. Das heißt, Köln ist aus verschiedenen Gründen, gerade für Menschen aus der Ukraine oder auch sonst interessant, sodass die Menschen auch ohne Verteilung zu uns kommen und wir eher über den Umverteilungsschlüssel weiter verteilen. Und, wie gesagt, das funktioniert. Am Anfang war das sehr holprig, sehr schwierig, hat sich zunehmend gebessert und ist wirklich ein Indikator für unser gemeinsames Lernen, was wir hinkriegen.

Wöchentliches Lagebild: Zu dem Gesagten führe ich jetzt nicht weiter aus.

Herr Moor von der SPD, Sie fragen nach Reservevorhaltungen, nach organisatorischen Themen. Wir in Köln haben aus den vergangenen Flüchtlingssituationen gelernt und haben gemäß Ratsbeschluss eine Kapazität von 1.500 Plätzen vorgehalten, die innerhalb von drei bis vier Wochen aktivierbar waren. Die sind dann auch quasi in den ersten zwei Wochen der jetzigen Situation schon ausgereizt gewesen. Die Plätze waren ganz schnell weg. Wir sind dann auf Hotels gekommen, haben zu Hochzeiten zweieinhalbtausend Hotelplätze reserviert und auch bezahlt, und zwar egal, ob die vakant waren oder ob die belegt waren. Wir sind jetzt immer noch bei über 2.200 Hotelplätzen.

Ferner zur organisatorischen Frage von Herrn Moor: Wir haben eine Taskforce, die ich leite und die auf der Grundlage eines von mir erreichten Bedarfsfeststellungsbeschlusses des Rates dezernatsübergreifend durchgriffsbefugt ist. Wir sind quasi beauftragt worden, die erforderlichen Platzzahlen zur Verfügung zu stellen und auch zu betreiben.

Organisatorisch ist vielleicht auch noch wichtig, da kostenrelevant: Wir haben, weil wir in Köln so spontan aufgesucht werden, schon im März ein relativ großes Welcome Center am Hauptbahnhof mit einer Kapazität von bis zu 1.000 Plätzen aufgebaut, wo die Menschen ankommen, erstversorgt, medizinisch versorgt, gescreent, getestet, geimpft werden konnten sowie auch gepflegt und verteilt werden konnten. Das haben wir jetzt zum Jahreswechsel auf eine kleinere Einheit zurückgebaut.

Aber ich nenne Ihnen einfach ungefähre Kosten dieses Welcome Centers. Das waren monatlich ca. 800.000 Euro Kosten. Und die sind nirgendwo, bei keiner Fallpauschale berücksichtigt.

Dann zur Kostenfrage, die Sie, Herr Moor, auch noch aufgemacht haben: Den Hotels, wie ich gerade sagte, ob belegt oder nicht belegt, bezahlen wir individuell verhandelte Sätze. Deshalb sind die bei uns nicht öffentlich und auch hier nicht darstellbar, aber die laufen auf. Dann Hallen: Es sind bei uns immer ein paar 100, die kosten dann auch ungefähr 100.000 Euro pro 100 Plätze im Monat. Ein wesentlicher weiterer Kostenfaktor: Wir haben tatsächlich auch in verschiedenen Situationen Erstattungen von Erlösausfällen, also beispielsweise haben wir einen, sonst für Festaktivitäten genutzten Platz gemietet und mit Containern befüllt.

An diesem Platz hätten normalerweise Feste stattgefunden, die schon geplant waren, wo schon Erlöse geplant waren. Diese Erlöse müssen wir laufend erstatten. Und das ist ein zweites Beispiel für aufgelaufene Kosten, die in den, wie auch immer gearteten, Fallpauschalen nicht berücksichtigt sind.

Herr Dr. Korte von den Grünen fragte auch nach Vorhaltekapazitäten. Welche Form der Vorhaltemöglichkeiten haben wir? Das sind hauptsächlich Leichtbauhallen, Leichtbarcontainer. Das waren hauptsächlich diese 1.500 Reserveplätze vom Anfang. Das sind jetzt auch wieder größere Hallen. Wir haben es weiterhin geschafft, keine Turnhallen nutzen zu müssen, aber wir sind beispielsweise wieder in einer Messehalle. Anfänglich, im März, war die Messehalle nur fürs Ankommen und zwei Tage maximal Verweilen, inzwischen verweilen die in der Messe aufgenommenen mehrere Wochen. Das sind wirklich ganz schwierige Bedingungen. Und genau das sind die drei Vorhalteformen, Containerleichtbauhallen, Hotels und große Hallen.

Dann die Frage: Wofür können diese Unterkünfte in der Wartestellung genutzt werden? Bisher bei uns nicht. Was wir quasi vorhalten, halten wir vor und führen es keiner anderen Nutzung zu. Peter Renzel, was du gerade geschildert hast, ist genau richtig. Man sollte die eigentlich nutzen aus verschiedenen Gründen, aber wir tun das und können das aktuell so nicht.

Jetzt die dritte Unterfrage von Herrn Dr. Korte, zur Finanzierung: Welches Finanzierungsmodell schlagen wir vor? Ich würde gerne so etwas wie eine anteilige Beteiligung des Landes an den durch uns nachgewiesenen und entstandenen Vorhaltekosten vorschlagen – Anteil deshalb, es darf durchaus ein kommunaler Anteil verbleiben, der uns auch zu Sparsamkeit motiviert, aber es sollte nicht gar nicht gesehen werden, auch nicht in einer ungerechten Pauschale, sondern ich schlage da schon vor, dass das irgendwie aufwandsgerecht gemacht wird. Die Pauschallösung deshalb nicht, weil in unserer Kölner Situation – wir werden immer sehr früh und sehr stark nachgefragt – sicherlich andere Vorhaltekapazitäten zu rechtfertigen sind als in weniger spontan aufgesuchten Städten. Aber das ist jetzt einfach die reine Kölner Sicht.

Ich komme noch zu Herrn Tritschler von der AfD, der nach unseren Kapazitäten fragte. Wir haben derzeit noch eine Kapazität von ca. 1.000 Plätzen. Wir haben aber eine Prognose, die wir regelmäßig nachjustieren und dementsprechend den Rat beschließen lassen. Diese Prognose sagt uns, dass wir im nächsten Monat in die Unterdeckung kommen werden. Das heißt, ab dem nächsten Monat wird unsere Reserve nach der Prognose aufgezehrt sein und wir werden mehr Nachfrage als Plätze haben.

Prognose ist, wie schon mehrfach gesagt, so eine Sache. Diese Szenarien sind sinnvoll. Wir denken da auch tatsächlich in verschiedenen Szenarien. Aber wir gehen gerade von einem Aufzehren dieser Reserve, leider Gottes, aus und wissen dann auch gar nicht, wie wir da nachjustieren können.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Dr. Rau. – Wir sind jetzt mit einer Fragerunde durch. Ich habe absichtlich, obwohl mich der eine oder andere Hinweis während der Sitzung erreicht hat, jetzt auch nicht auf die Einhaltung der fünf Minuten streng geachtet, weil ich zum einen glaube, dass wir über ein sehr wichtiges brisantes Thema für die kommunale Familie reden, zum Zweiten in der ersten Frage- und Antwortrunde auch immer der größte Druck abgebaut wird aus den Fragestellungen generell.

Ich muss aber mit Blick auf die Uhr jetzt feststellen, dass wir noch eine Dreiviertelstunde haben, sodass ich um Verständnis bitte, dass ich, wenn wir in eine weitere Fragerunde gehen würden und weitere Fragen existieren, in der zweiten Runde dann auf die Einhaltung der fünf Minuten einfach bestehen müsste, damit alle Sachverständigen noch zu Wort kommen können. Das vielleicht nur als allgemeiner Hinweis. Ich schaue in die Runde, ob es weitere Fragestellungen gibt. – Machen wir es wieder nach der Reihenfolge. – Dann ist zunächst Kollege Frieling von der CDU-Fraktion dran, bitte.

Heinrich Frieling (CDU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Und auch herzlichen Dank schon für die vielen hilfreichen Antworten bisher.

Ich glaube, die Fragen kann man auch kurz beantworten. Herr Renzel gibt mir Anlass, die anderen Praktiker, Dr. Rau, Herr Nießing, Herr Kopietz, auch zur Frage der privaten Unterbringung zu fragen – das hatte Herr Renzel gerade schon angesprochen –, einfach nur: Wie sind da Ihre Erfahrungen? Wie nachhaltig funktioniert das aktuell noch? Und wie wird das vor Ort besonders koordiniert? Da würden mich einfach die Erfahrungen interessieren.

Und dann konzentriere ich jetzt die nächsten beiden Fragen auf die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände. Herr Hahn und Herr Wohland haben schon die Informationslage mit dem Bund angesprochen. Da würde mich interessieren: Welche Informationen brauchen Sie insbesondere auch noch vom Bund? Wie ist da aktuell der Informationsfluss?

Und die andere Frage bezieht sich auch nochmal auf den Bund und geht an die beiden Vertreter der kommunalen Spitzenverbände. Inwieweit ist es erforderlich, dass der Bund auch stärker in eine strukturelle Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung und Integration einsteigt, um auch langfristig besser planen zu können, zumal wir jetzt teilweise über Monate bestimmte Einzelfinanzblöcke haben?

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Kollege Frieling. – Dann kämen wir zur SPD-Fraktion, zu Herrn Kollegen Moor, bitte.

Justus Moor (SPD): Ich sage erst einmal vielen Dank, insbesondere für die Einblicke von jedweder Größe der Stadt oder der Gemeinde. Das zeigt einfach, wie unterschiedlich auch die Voraussetzungen und die Bedarfe sind.

Ich habe auch nochmal kurze Fragen. Die erste richtet sich auf das Thema „Turnhallen“. Herr Wohland, Sie haben das Thema in der Umfrage Ihrer Mitglieder angesprochen. Gibt es da einen aktuellen Stand, ob sich das weiterhin verschärft – Sie hatten von jeder fünften Gemeinde gesprochen –, wieweit sich das weiter entwickelt?

Und tatsächlich an der Stelle auch Richtung Herrn Sonders, der vor Ort miterlebt, welcher Druck in den Gemeinden herrscht, wenn die Turnhallen benutzt werden.

Die zweite Frage richtet sich an die Herren der jeweiligen Städte, und zwar an alle, die Frage nach Kita- und Schulplätzen, sie bereitzustellen. Herr Nießing, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das die drängende Frage ist. Vielleicht können Sie uns einen Einblick geben, wie Sie vor Ort damit zurande kommen, Kita- und Schulplätze zur Verfügung zu stellen, oder wo es auch zu knapp wird.

Und die dritte Frage richtet sich an Herrn Renzel, Herrn Sonders und auch an die beiden Vertreter der kommunalen Spitzenverbände. Sie haben alle darauf hingewiesen, wie wichtig das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist, die auch private Unterbringungen zur Verfügung gestellt haben. Ich glaube, da sind wir alle dankbar, dass das insbesondere bei den Ukrainegeflüchteten so funktioniert hat. Welche Möglichkeiten sehen Sie in der täglichen Arbeit, hier Anreize zu schaffen, dass dieses Engagement beibehalten werden kann, weil der Druck auch dort weiter steigt, dass irgendwann gesagt wird: Das schaffen private Eigentümer und private Vermieter dann nicht mehr?

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Kollege Moor. – Dann kämen wir jetzt zu den Grünen und Herrn Dr. Korte, bitte.

Dr. Robin Korte (GRÜNE): Ich werde mich auf zwei Fragen beschränken und möchte, nachdem viele, auch technische und wichtige und auch im Moment sehr schwierige Sachverhalte angesprochen sind, den Blick mehr auf positive Beispiele richten. Deshalb würde ich erst einmal gerne die vier Vertreter aus den jeweiligen Städten, Herrn Nießing, Herrn Kopietz, Herrn Renzel und Herrn Rau fragen, ob Sie uns vielleicht Positivbeispiele aus Ihrer jeweiligen Praxis vor Ort beschreiben können, in denen besonders nachhaltige und vor allem in Bezug auf Integrationskonzepte sehr positive Formen der Unterbringung und Integration von Geflüchteten in Ihren Gemeinden gelingt. Was für Positivbeispiele können Sie beschreiben, aus denen wir als Land oder andere Kommunen lernen können?

Und dann hätte ich noch eine Frage, die in die Zukunft gerichtet ist und auf das Thema Integration und Zuwanderung insgesamt blickt. Die würde ich gerne an den Vertreter der kleinsten und der größten eingeladenen Stadt richten, Herrn Nießing und Herrn Rau. Auf welche Weise können aus Ihrer Sicht Ihre Kommune oder die Kommunen in Nordrhein-Westfalen von einem Zuzug aus dem Ausland auch profitieren in der Zukunft, Blick auf Fachkräftemangel und anderes? Und welche Voraussetzungen braucht es dafür, damit wir vom Zuzug aus dem Ausland auch langfristig profitieren können? – Vielen Dank.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Dr. Kortel! – Ich schaue zur FDP, ob es weitere Fragen gibt. – Herr Kollege Wedel, bitte.

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank an die Sachverständigen auch bis hierher für die wirklich wichtigen Stellungnahmen. Ich möchte mich auf einen einzigen Punkt beschränken, die Frage, die ich an den Sachverständigen Kopietz stellen würde. Sie haben in Ihrer Stellungnahme die besondere Situation in Bochum bei der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten beschrieben. Könnten Sie bitte bewerten, inwiefern Sie bei der weiteren Verteilung vor allem auf Ihr eigenes Engagement angewiesen waren oder die Unterstützung durch das Land zum Beispiel des Ministeriums oder der Landesjugendämter dazu beigetragen hat? Wie könnte die Zuweisung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten besser organisiert werden?

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Und wir kämen zur AfD, sofern da weitere Nachfragebedarf ist. – Das ist nicht der Fall. Dann sind alle Experten angesprochen worden mit Ausnahme, wenn wir es richtig vermerkt haben, von Herrn Essler. Dann würde ich in der Reihenfolge wie eben allen die Gelegenheit geben, die Fragen zu beantworten, und um Verständnis bitten, wenn ich zwischendurch einen Zeithinweis gebe. Bei 8 x 5 Minuten wären wir schon kurz übers Ende hinaus. Deswegen die Bitte an die Sie alle, sich möglichst kurz zu fassen und Verständnis für die Sitzungsleitung aufzubringen. – Wir fangen wieder an mit dem Städtetag und Herrn Hahn, bitte.

Stefan Hahn (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Ich danke auch für die Fragen, Herr Frieling. Sie hatten die Frage gestellt, inwieweit sehen wir einen Optimierungsbedarf der Aktivitäten des Bundes? Tatsächlich, der Städtetag Nordrhein-Westfalen ist personenidentisch mit dem Deutschen Städtetag, sodass wir auf der Bundesebene auch mitwirken. Da erleben wir langsam eine Bewegung, dass wir tatsächlich die Möglichkeit haben, auch mit Bund und Ländern gemeinsam in Gespräche einzutreten. Das ist etwas, was uns in den letzten Monaten tatsächlich gefehlt hat.

Das Zusammenwirken von Bund/Ländern und Kommunen gemeinsam ist aus unserer Sicht zwingend. Da erleben wir so langsam vom Bundesinnenministerium entsprechend auch Bewegung, dass alle zusammenkommen und sich darüber austauschen können, wie sich die Lage entwickelt und wo der Schuh drückt.

Zu der Frage: Wie kann der Bund finanziell/strukturell unterstützen? Ein Gedanke, der mal aufgekommen ist, stammt, glaube ich, aus den 50er-Jahren oder aus der frühen Nachkriegszeit, der betraf die Frage, das betraf damals das Lager Friedland, das auch vom Bund letztendlich getragen wurde. Also warum müssen nur die Länder Einrichtungen zur Verfügung stellen? Warum kann der Bund nicht an der Stelle möglicherweise auch tätig werden und Sammelunterkünfte in einer Größenordnung, die auch kurzfristig aktivierbar ist, bereitstellen? Die Frage kann man stellen.

Und das andere Thema sind die eben angesprochenen Gesundheitskosten, beispielsweise SGB XII. Es wäre schon sehr hilfreich, wenn die Integration von Menschen, die hierhin flüchten, komplett in den Status Krankenkassen gelänge, gerne dann auch mit

einem steuerfinanzierten Zuschuss in Richtung der Krankenkassen, damit der Beitragszahler es nicht zahlen muss. Es wäre aus unserer Sicht schon wünschenswert, dass alle Menschen, die in Deutschland leben, tatsächlich einen Krankenversicherungsschutz haben und nicht diese erheblichen finanziellen Belastungsspitzen und die Auseinandersetzungen zwischen medizinischen Leistungsanbietern und Kommune an der Stelle eintreten: Wieviel muss gezahlt werden und sind die Kosten denn alle auch gerechtfertigt?

Herr Moor, Sie haben die Frage gestellt: Wie kann man das Engagement der Privaten aufrechterhalten? Da können wir auch nur im Reflex das wiedergeben, was die Praktiker uns erzählen. Aber es sind letztendlich zwei Faktoren. Die eine Frage ist: Wie können sie unterstützt werden in den vielfältigen Herausforderungen und Problemlagen, die aus der Aufnahme von Menschen einfach entstehen? Also sprich: Jemanden zur Seite gestellt bekommen, einen direkten Zugang für Menschen zu bekommen, die in konkreten Problemen beraten und helfen können. Und das sind natürlich enorme Aufwendungen für die Kommunen. Letztendlich ist sonst niemand da, der das bereitstellt, nämlich Sozialarbeiter, Integrationshelfer, wie auch immer, die sozusagen den Helfern helfen können, wenn Probleme auftauchen, die den direkten Zugang in die Verwaltung ermöglichen, wenn Fragestellungen auftauchen.

Da haben wir vor allen Dingen das finanzielle Problem. Das ist eine Infrastruktur, die wird nicht refinanziert. Aber es ist auch das personelle Problem. Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, fachkundiges Personal insoweit sind natürlich immer Mangelware. Aber das ist sicherlich eine ideale Hilfestellung, um das Engagement aufrechtzuerhalten. Die andere Frage ist natürlich auch: Wie kann unbürokratisch finanziell unterstützt werden, wenn Menschen aufgenommen werden? Nicht jeder schließt mit den Menschen, die er aufnimmt, einen Mietvertrag oder dergleichen. Ich glaube, Peter Renzel hat es auch angesprochen: Wie kann da unbürokratisch, auch vielleicht über das Symbolische hinaus tatsächlich finanziell unterstützt werden? Stichwort Sofa-Prämie, wie man das auch immer bezeichnen mag. Das sind die beiden Fragestellungen, die an mich gerichtet wurden.

Eines ist, glaube ich, nochmal wichtig zu sagen. Das private Engagement ist vor allen Dingen bezogen auf die Menschen, die aus der Ukraine kommen. Die Zahl der Menschen, die aus anderen Herkunftsländern kommen – Peter Renzel hat es eben gesagt –, hat im letzten Jahr, überraschenderweise für viele, über 200.000 erreicht. Und wenn man die Zahlen der Monate November und Dezember auf das Jahr 2023 hochrechnet, dann werden die Zahlen irgendwo zwischen 360.000 und 400.000 und sogar darüber liegen. Von daher löst diese Personengruppe, die eine viel größere Herausforderung an alle stellt, weil sie nicht auf dieses Engagement trifft, vielleicht noch mehr Sorgen aus als die Menschen, die aus der Ukraine versorgt werden müssen.

Vorsitzender Guido Déus: Vielen Dank, Herr Hahn. – Das war nahezu eine Punktlandung, herzlichen Dank auch dafür. Ich gebe weiter an den Städte- und Gemeindebund, Herrn Wohland, bitte.

Andreas Wohland (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Frage von Herrn Frieling antworten, ob der Bund in der Verantwortung ist, da eine strukturelle dauerhafte Finanzierung beizusteuern. Das ist so. Das würde ich mit einem uneingeschränkten Ja beantworten. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir hier gegenüberstehen. Da müssen Bund, Länder und Gemeinden, der Kollege Hahn hat es gesagt, gemeinsam schauen, wie wir das gewuppt kriegen. Dazu gehören natürlich auch Finanzierungsanteile des Bundes.

Wir haben im letzten Jahr schon Finanzierungszusagen bekommen, die das Land, damals bei der ersten Tranche auch zu 100 %, an die kommunale Familie weitergegeben hat. Das war sehr gut. Das war auch sehr hilfreich. Wir haben bei dem zweiten Paket dann noch 50 % bekommen, für 2023 stehen jetzt die Verhandlungen an. Der Bund hat auch zugesagt, sich im April nochmal mit den Ländern über Finanzierungsfragen zu unterhalten. Da ist uns wichtig, dass wir Mittel dauerhaft bekommen, mit denen wir auch flexible Lösungen, die sich die kommunale Selbstverwaltung einfallen lässt, um auch privates Engagement zu unterstützen, bezahlen können, mit denen wir auch Integrationsleistungen bezahlen können. Denn wir haben das Thema „Integration“ im Prinzip bei der reinen Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten noch gar nicht betrachtet. Da fehlen leider, das muss man sagen – auch weil da vom Bund die Integrationspauschalen nicht mehr gezahlt werden, so wie das in den vergangenen Jahren oder bis 2018 noch der Fall war –, vielfach den Kommunen finanzielle Mittel. Insofern, vollkommen klar, der Bund ist da mit in der Verantwortung.

Die Frage von Herrn Moor zu den Turnhallen: Wir haben bei der Erhebung gefragt, wieviel Turnhallen habt ihr aktuell im Betrieb? Das war im November. 21 % der teilnehmenden Kommunen hatten bereits Turnhallen belegt. Wir haben gefragt: Angenommen der Fall, der Flüchtlingszugang hält ungemindert an so wie im November – und das ist auch im Prinzip der Sachverhalt, so sieht es auch aus –, wer müsste dann Turnhallen in Beschlag nehmen bis einschließlich Ende Februar, weil sonst die Unterbringungskapazitäten erschöpft sind? Da haben 51 % der Mitgliedskommunen gesagt, dieses Szenario sehen wir kommen. Insofern wird sich das bei anhaltendem Flüchtlingszugang in den nächsten Wochen nochmal ablesen lassen an dem Parameter: Welche Kommunen müssen Turnhallen in Beschlag nehmen? Das ist einfach so.

Vorsitzender Guido Déus: Ganz herzlichen Dank, Herr Wohland! Auch für die Kürze und der Prägnanz Ihrer Antworten. – Dann kämen wir zu Herrn Nießing, zur Stadt Borken, bitte.

Norbert Nießing (Stadt Borken): Ich will mich auch um Prägnanz bemühen. Das Thema „private Unterbringung“, wie nachhaltig ist das, wie funktioniert das? Bei uns in der Region haben wir einfach Lösungen gefunden. Wenn Familien gesagt haben, wir nehmen geflüchtete Personen auf, dann bekommen die von uns auch eine Nebenkostenpauschale, die nicht spitz abgerechnet wird, einfach um einen Grundbedarf abzudecken. Das funktioniert gut und nach unserer Einschätzung auch zur Zufriedenheit aller Beteiligten.

Wir stellen allerdings schon fest, dass es mit zunehmender Zeitdauer immer schwieriger wird, Personen im eigenen Haushalt unterzubringen. Das geht dann in so eine Richtung, das sind eher abgeschlossene Wohneinheiten. Über den Weg haben wir viele Lösungen dann gefunden. In Einzelfällen ist es auch so, dass man sagt, wir nehmen Personen in unsere Unterkünfte, insbesondere wenn das in diesem engen privaten Kontext nicht mehr gut funktioniert. Aber das ist schon eine große Unterstützung, tatsächlich.

Dann die Frage „Kita-/Schulplätze“, wie funktioniert das? Eingeschränkt, um das auf den Punkt zu bringen. Wir haben keine standardisierten Kitaplätze, wie ich vorhin sagte, für alle geflüchteten Personen. Wir bieten aber allen ein Betreuungsangebot an in Brückenprojekten in etwas abgespecktem Setting. Wir stellen allerdings fest, dass die Nachfrage sehr stark schwankend ist. Viele organisieren das in unseren mittelgroßen Einrichtungen, wir können Borken jetzt nicht mit Köln vergleichen, auch untereinander.

Ein noch größeres Problem sehe ich in dem Bereich Schule. Für den Kreis Borken kann ich aktuelle Zahlen liefern. Wir haben 373.000 Einwohner im Kreis in Summe und allein 845 Kinder aus der Ukraine, die im Primarbereich beschult werden. Dann weiß man und kann sich vorstellen, was das auslöst. Es fehlen an allen Ecken und Kanten Kapazitäten. Es gibt zwar Beschulungsangebote, aber insbesondere das Lehrpersonal ist eine entscheidende und extrem knappe Ressource. Das war vorher schon so und verschärft sich natürlich dann massiv.

Positivbeispiele: Wir haben in Deutschland immer so eine Sichtweise auf Negatives. Insofern ja, ich spreche jetzt mal für unsere schöne Stadt, ich lade Sie herzlich ein, zu uns zu kommen. Da gibt es auch wirklich tolle Positivbeispiele, zum Beispiel dass wir jedem Flüchtling, unabhängig welcher Nation, innerhalb von drei Wochen einen Sprachkurs anbieten. Wir haben jetzt jemanden aus der Flüchtlingswelle 2015/2016 eingestellt, der als Alltagshelfer fungiert, der Sprachniveau B2 immerhin erreicht hat, der Betreuung vor Ort sicherstellt.

Die Sprachkurse werden finanziert aus einer örtlichen Initiative heraus, und wir können das mit unserer VHS organisieren, und wir haben in einem erstaunlichen hohen Maße auch Integration in Arbeit. Etwa 30 % der geflüchteten Personen haben überhaupt keinen Hilfebedarf nach Sozialrecht, sondern die werden über eigene Arbeit, über eigenes Einkommen oder über Familienstrukturen unterstützt. Vieles funktioniert da, glaube ich, auch tatsächlich sehr gut. Und insofern profitieren wir sicherlich auch davon, man muss sich ja nur die große Entwicklung angucken, das ist in Borken ja nicht anders als in vielen anderen Städten, Stichwort: Veränderungen, Arbeitskräftemangel, ich spreche gar nicht von Fachkräfte-, sondern von Arbeitskräftemangel. Wir haben bei uns in der Region eine Arbeitslosenquote von 3,1 %. Sie können sich vorstellen, was passiert, vor allen Dingen dann, wenn die geburtenstarken Jahrgänge jetzt tatsächlich Zug um Zug in den Ruhestand gehen.

Ja, das ist so, das setzt aber voraus, dass man dann tatsächlich die Sprache erlernt. Deswegen kriegt jeder bei uns ein Sprachangebot, auch aufbauend, unabhängig von Finanzierungsstrukturen. Und wir warten auch nicht auf die Organisation von Integrationskursen. Ganz wichtig: Wir gucken natürlich auch, dass Kinder gefördert werden –

das ist ja der leichteste Schlüssel für eine Integration in Gesellschaft –, dass das über Schul-Kita-Plätze zunehmend besser funktioniert. Und wir gucken in unserem Setting – wir sind zugelassener kommunaler Träger im SGB II –, dass über das Fallmanagement und Integration in Arbeit möglichst viel da auch funktioniert. Und wenn alle bereit sind, sich diesen Rahmenbedingungen anzupassen, dann bin ich sehr überzeugt davon, dass das auch eine gute Entwicklung sein kann.

Vorsitzender Guido Déus: Ganz herzlichen Dank. – Dann springen wir zur Stadt Bochum und zu Herrn Kopietz, bitte.

Sebastian Kopietz (Stadt Bochum): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Frage nach den privaten Unterkünften: Ja, insbesondere bei der Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine war und ist das immer noch eine tragende Stütze, und das hat mehrheitlich auch wirklich sehr gut funktioniert. Kollege Nießing hat gerade schon gesagt, das schwächt sich mit der Zeit ein bisschen ab, dass tatsächlich Personen auch sagen, ja, wir können das vielleicht noch eine Woche oder zwei, aber dann müssen wir eine andere Lösung finden.

Wir haben in Bochum eine kommunal getragene Einrichtung, die Bochumer Ehrenamtsagentur, die da sehr eng dran war und vermittelt hat. Überwiegend hat das aber sehr gut funktioniert oder funktioniert auch immer noch gut und ist tatsächlich aus dem bürgerschaftlichen Engagement heraus eine tragende Säule und Unterstützung an der Stelle.

Auch beim Thema Kita- und Schulplätze kann ich mich dem Vorredner absolut anschließen. Das ist natürlich ein Problem, wobei man sich an vielen Stellen im Moment mit Notlösungen oder nicht optimalen Lösungen auch behelfen muss. Der tatsächliche Ausbau von Kita- und gerade auch Schulplätzen über die Bedarfsplanung – das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen – ist sehr aufwendig, sehr langwierig. Über die Kosten haben wir vorhin gesprochen. Das ist tatsächlich, glaube ich, ein mittel- und langfristiges Problem, auf das wir zulaufen und wo wir jetzt die Weichenstellung auch für langfristige Bedarfe für geflüchtete Kinder stellen müssen. Bis dahin erfordert das auch viel Kreativität von den einzelnen Beteiligten.

Herr Dr. Korte, Sie hatten nach Positivbeispielen gefragt. Ich will da nochmal eine ganz andere Seite beleuchten. Das sind nämlich die vielen Ehrenamtlichen, die in Hilfsorganisationen aktiv sind und die tatsächlich gerade in der Akutphase unterstützen, etwa bei der Unterbringung der UmAs – ich komme da gleich noch zu. Wir sind in Bochum Standort der Landeserstaufnahmeeinrichtung, und wir hatten tatsächlich in den Wochen mal eine Situation, wo uns für eine Nacht eine höhere zweistellige Zahl von Busen ukrainischer Geflüchteter zur Weiterverteilung in NRW angekündigt wurde. Wenn sie dann tatsächlich diese Strukturen haben und sie dadurch Personal, Helfende in größerer Anzahl bekommen, nämlich von den Hilfsorganisationen, egal, wie kurzfristig es ist, egal, wie aufwendig die Aufgabe ist: Wir machen zumindest die Erfahrung, dass die immer noch eine wahnsinnig hohe Motivation und Mobilisierung haben und wirklich auch gute Unterstützung leisten, wofür man als Kommune dann nur dankbar sein kann.

Sie hatten gefragt nach der Sondersituation unbegleiteter Minderjähriger. Wie ich auch in der Stellungnahme geschrieben habe, hatten wir im September letzten Jahres die Situation, dass die Zahl der UmAs, die auch in der LEA ankommen, wo die Stadt Bochum für die erste Inobhutnahme auch zuständig ist, sprunghaft gestiegen ist, verbunden mit dem Effekt, dass die Plätze der bei uns eingebundenen Träger, aber auch vieler Träger in anderen Städten, die ja dann letztlich die zugewiesenen UmAs aufnehmen, schlicht und einfach erschöpft waren. Wir hatten an der Stelle tatsächlich nur noch die Möglichkeit, auch wieder mit den gerade angesprochenen ehrenamtlichen Strukturen und den Trägern vor Ort eine Unterbringung und Betreuung in Turnhallen sicherzustellen.

Wir waren da in sehr intensivem Kontakt mit dem Land. Das Land hat auch an die aufnehmenden Kommunen appelliert, Fristen nicht auszuschöpfen, uns sehr kurzfristig zu unterstützen. Das hat auch sehr gut geklappt mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Städten. Was wir uns aber tatsächlich gewünscht hätten, wäre, dass man die Erst-Inobhutnahme auf breitete Schultern stellt, zum Beispiel auf die acht EAE-Standorte in NRW und die dortigen Jugendämter, weil das einfach teilweise so hohe Fallzahlen waren, die wir nicht alleine bewältigen konnten.

Wenn wir jetzt – das ist mehrfach angesprochen worden – über Szenarien in der Zukunft reden, dann ist das einer der Punkte – da wird es viele weitere geben –, wo man einfach mal über Schwellenwerte und Eskalationsstufen sprechen muss. Wenn das eintritt, dann haben wir einen Stufenplan und ein Backup, was man dann in der zweiten, dritten Stufe machen kann.

Im Moment, wir haben tatsächlich wieder, wie wir es seit drei Jahren in der Kommune an ganz vielen Stellen tun, eine Sonderarbeitsgruppe, die sich intensiv damit beschäftigt, die viel mit den aufnehmenden Kommunen telefoniert, die Sammeltransporte organisiert. Wir arbeiten diese Fallzahlen im Moment sukzessive ab. Aber in der Tat, da hätte es, glaube ich, auch organisatorisch andere Möglichkeiten gegeben.

Vorsitzender Guido Déus: Das war exakt eine Punktlandung, herzlichen Dank dafür. – Dann kommen wir als nächstes zu Herrn Renzel, bitte.

Peter Renzel (Stadt Essen): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema der Fragestellung der privaten Unterbringung: Wir haben durchweg ausgesprochen gute Erfahrungen gemacht, gute Erfahrungen auch deshalb: Wir hatten in Essen, Stand 24. Februar 2022, knapp 1.700 ukrainische Mitbürgerinnen und Mitbürger, also eine recht stabile Community, die sich binnen von Tagen auch organisiert haben, auch in ihrem Engagement für die Geflüchteten bis dahin, dass sie natürlich auch an die polnische Grenze gefahren sind und Menschen geholt haben.

Wir haben auch Initiativen in den Stadtteilen gehabt, die mit der Ukraine selber gar nichts zu hatten, aber die über Kontakte Menschen aus der Ukraine hin zu uns gebracht haben. Kollege Rau hat gerade gesagt, viele kommen von sich aus. Und das ist genau in dem ersten halben Jahr so gewesen. Wir haben ja keine ukrainischen

Flüchtlinge zugewiesen bekommen, sondern die kamen in die Städte. In Köln, Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, wie auch immer, haben auch viele Traditionsfußballclubs dazu beigetragen, dass die Menschen in diese Städte kamen. Da haben wir gute Erfahrungen gemacht. Aber zu den privat Untergebrachten habe ich vorhin gesagt, zwei Drittel, ein Drittel, das kippt ein bisschen, weil die Leute sagen: Ich brauche meinen Platz im Haus, ich brauche meinen Platz in der Wohnung.

Wir haben in Essen rund 7.500 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen, aber 65 % privat. Wir haben – das war eine Gelingensbedingung – im Fachbereich Soziales und Wohnen eine Taskforce „Wohnen“ eingerichtet, mit der wir die Privatvermieter oder privat Untergebrachten gut begleiten konnten, wobei diejenigen, die ehrenamtlich und durch bürgerschaftliches Engagement die Leute privat untergebracht haben, die Leute zu den Behörden, zu uns begleitet haben. Sie haben Dolmetscher besorgt in der ukrainischen Community und, und, und. Das war schon großartig. Das ebbt aber ab. Die Taskforce „Wohnen“, die wir gegründet haben, hat weit über 4.000 Menschen mittlerweile seit März letztes Jahres in Wohnungen, in Privatwohnungen, ganz normal untergebracht, die sie angemietet haben, nicht die Stadt hat angemietet, sondern die. Das entspricht 1.707 Wohnungen. Hätte mir das einer 2015, 2016, 2017 gesagt, dann hätte ich gelacht. Da haben wir keine Wohnungen für Geflüchtete gefunden. Für Ukrainer haben wir sie gefunden und konnten die auch anmieten.

Das weist uns darauf hin, welche Dinge noch vor uns stehen. Ich habe vorgeschlagen, dass wir einen Rechtsrahmen schaffen. Der Kollege aus Borken hat gerade darüber gesprochen, dass sie private Unterbringung schon jetzt mitfinanzieren, Pauschalen geben. Das ist eine freiwillige Leistung. Das können sich viele nicht erlauben. Und wir haben auch keine rechtliche Grundlage dafür. Ich bitte also darum, dass im Bund und im Land ein Rechtsrahmen dafür geschaffen wird, dass die Kommunen genau das machen. Es geht um Mehraufwendungen für Wasser, für Strom und, und, und. Es geht um solche Dinge.

Ich empfehle, sich mit den Vorschlägen von dem Soziologen Gerald Knaus einmal zu beschäftigen. Gerald Knaus hat genau diesen Vorschlag gemacht als europäische Lösung. Ich werde meinen Lebtage nicht vergessen, dass er – ich glaube, er hat bei Markus Lanz oder bei irgendeiner dieser furchtbaren Sendungen gesessen – genau diesen Vorschlag gemacht hat, auch auf europäischer Ebene Flüchtlings- und Unterbringungspolitik zu machen. Viele gehen ja davon aus, dass jetzt im Winter noch Hunderttausende aus der Ukraine fliehen. Das scheint nicht so zu sein, aktuell zumindest nicht.

Trotzdem kommen jede Woche wieder neue Kinder und Jugendliche in die Kitas, Schulen. Der Kollege aus Borken hat gesagt, das brennt überall, wir haben keine Kitaplätze, wir haben keine Schulplätze. Wir müssen jetzt außerhalb von Schulen Räume suchen, damit wir Kinder beschulen können. Kitaplätze sind ein Riesenproblem in den allermeisten Kommunen.

Positivbeispiele, Herr Dr. Korte hat danach gefragt: Wir haben ein positives Beispiel, das wir in Essen 2015, 2016 entwickelt haben. Wir hatten ja eine große Flüchtlingsdebatte in den Jahren 2015, 2016. Die haben wir aktuell überhaupt nicht. Damals hatten wir 50 Bürgerversammlungen, um den Bürgerinnen und Bürgern Orte vorzustellen, wo wir jetzt eine Flüchtlingsseinrichtung hin bauen. In diesen Bürgerversammlungen haben

wir im Grundsatz das Ziel verfolgt, dass sich Runde Tische bildeten von Bürgerinnen und Bürgern, die wir nur angestoßen haben, die dann aber selbst organisiert in einer kommenden Flüchtlingseinrichtung die Flüchtlinge begleiten, betreuen usw. Das ist bis heute ein durchschlagender Erfolg. Die Runden Tische gibt es bis heute in den allermeisten Einrichtungen, und die organisieren dort private Sprachförderung, Kleiderkammern. Die unterstützen die Betreiber. Das ist absolut positiv.

Dadurch kommen die Menschen im Stadtteil an, und es ist nicht das eingetreten, was uns damals in den Bürgerversammlungen von NPD, von Republikanern usw. alles vorgeworfen wurde, was angeblich passieren würde. Unsere Mitarbeiter wurden zudem bedroht. Das alles ist nicht passiert. Es ist eine der Grundlagen, eine funktionierende Stadtverwaltung mit dem bürgerschaftlichen Engagement in Verbindung zu bringen. Das war die Großartigkeit dabei. Aber ich weise nochmal darauf hin: Wir müssen, was die zweite Säule außerhalb der Ukraine angeht, auch da den Rechtsrahmen schaffen. – Fünf Minuten und 25 Sekunden.

Vorsitzender Guido Déus: Knapp sechs Minuten. Aber soweit waren Sie davon nicht entfernt. Aber trotzdem herzlichen Dank, Herr Renzel. – Herr Sonders, wenn Sie möchten, bitte.

Alfred Sonders (Stadt Alsdorf [per Video zugeschaltet]): Ich werde auch versuchen, bei den fünf Minuten zu bleiben. Ich möchte daran anknüpfen, was Kollege Renzel gerade gesagt hat. Eben hatte ich schon ausgeführt, dass die Ehrenamtssäule eine sehr wichtige ist. Das ist auch bei der Frage nach den Turnhallenkapazitäten, die aus der SPD kam, ein großes Thema. Wenn Turnhallen belegt werden, heißt das immer: Ehrenamt kann da nicht stattfinden, aber auch Schulsport zum Beispiel kann da nicht stattfinden. Und das geht mal eine Zeitlang, aufgrund dessen machen wir auch unsere Turnhalle wieder frei. Aber wir werden mehr Turnhallen brauchen, wenn der Trend sich so fortsetzt. Da bin ich bei Andreas Wohland. Sie haben ja einen sehr guten Überblick darüber, was bei uns in den nächsten Monaten passieren wird. Das wird auf jeden Fall zu Spannungen führen. Bei uns geht es. Wir haben ein sehr gutes Miteinander, und die Ehrenamtler sind bisher sehr nett gewesen und haben uns das nicht übel genommen, haben also auch teilweise mitgewirkt, dass wir dann an den ihnen üblicherweise zugewiesenen Sportstandorten auch Sozialarbeit geleistet haben. Auch so geht es.

Wir haben das große Glück, ein Freiwilligenzentrum im Rahmen der Sozialen Stadt gebaut bzw. genutzt zu haben. Da war ein Leerstand, früher großflächig Einzelhandel drin. Da sind alle unsere sozialen karitativen Einrichtungen der Stadt in einer Einrichtung ABBBA zusammengezogen worden. Dort haben wir, über die Caritas organisiert, ein Freiwilligenzentrum mit 150 Ehrenamtlern, die sich ausschließlich um Flüchtlinge kümmern.

Wir haben dafür ein Budget aus den uns zur Verfügung stehenden Landesmitteln in Höhe von 130.000 Euro im Jahr. Das sind pro Flüchtling gerade mal 10 Euro im Monat. Das ist, gelinde gesagt, gar nichts. Da wir aber nicht wie Borken und andere Städte aufgrund unserer Finanzsituation über freiwillige Leistungen entscheiden können, können wir auch nicht mehr Geld dafür ausgeben. Es wäre aber wichtig, wenn wir diese

Mittel, ich sage es jetzt mal ganz pragmatisch, verdoppelt kriegen. Das heißt, pro Flüchtling, pro Kopf, pro Monat 20 Euro statt bisher 10 Euro. Das wäre sehr hilfreich. Auf uns bezogen, würde das heißen: Wir haben jetzt 150 Ehrenamtler, die werden von einer Kraft hauptamtlich betreut. Die müssen ja geschult, koordiniert und auch motiviert werden.

Wenn es uns gelänge, pro 50 Ehrenamtlern eine Betreuungskraft einzustellen, die das professionell steuert, auch Leute neu akquiriert, die schult, im täglichen Umgang immer wieder motiviert – es gibt ja auch viele Misserfolge, wenn man Leute begleitet, und das nicht so läuft, wie man sich das vorstellt, das ist manchmal schon emotional sehr problematisch –, wenn wir das hinkriegen könnten, könnten wir noch eine ganz andere begleitende Flüchtlingsarbeit machen, die alle Verwaltungsebenen entlasten würde.

Was die Leute leisten, ist irrsinnig wichtig, und das muss einfach unterstützt werden. Die Ehrenamtler selber, die machen es ja umsonst, die wollen auch gar kein Geld dafür. Aber die wollen ab und zu mal ein emotional schönes Erlebnis haben, unabhängig davon, ob sie mit den von ihnen betreuten Leuten erfolgreich sind. Die brauchen das gemeinsame Familienfest, die brauchen mal einen Veranstaltungs- oder Kinoabend mit den Flüchtlingen und ihren Familien zusammen. Die brauchen vielleicht auch einen Auslagenersatz für Spritkosten oder für ein Bus- und Bahnticket. Es sind ja nicht alle wohlhabend, die Flüchtlinge betreuen. Und da fehlt es uns.

Gerade Kommunen wie wir, die aufgrund ihrer Situation überhaupt keine sozialen freiwilligen Leistungen mehr erbringen können, brauchen diese aufgestockten Mittel, damit wir unseren Ehrenamtlern unter die Arme greifen und neue akquirieren können. Damit wäre uns sehr geholfen. Und wenn uns das in Bezug auf Schulen und Kitas gelänge, die sogenannten Alltagshelfer, die wir in der Coronaphase sehr gut erprobt haben, verstärkt und regelrecht in solche Systeme, Kita und Schule, als Unterstützung unserer Lehrkräfte und Sozialarbeiter zu bringen, dass die dabei sind, um ihnen viele Kleinigkeiten abzunehmen, mit denen sich hochqualifizierte Pädagogen sonst auch noch befassen müssten, und wir sie vielleicht auch teilweise für die Flüchtlinge einsetzen können – die wollen sich in den Unterkünften ja nicht langweilen, die wollen mithelfen, die wollen ja dabei sein –, und wenn die dann auch noch eine vernünftige kleine Entlohnung kriegen, dass sie vielleicht aus dem Sozialsystem rauskommen, dann hätten wir viel gewonnen. Integration geht am schnellsten, wenn die jeden Tag mit vorne dabei sind, auch sprachtechnisch viele Dinge mitkriegen.

Alles andere machen wir auch, ehrenamtliche Sprachkurse, die ganzen Dinge, was über Ehrenamt geht, machen wir. Aber es gibt ein paar Stellschrauben, ich fasse nochmal zusammen: Verdoppelung der Mittel für die Betreuungsaufwendungen wäre sehr wichtig, dann die Zulassung von Alltagshelfern regelmäßig in Kita und Schule, da muss sich das Land endlich flexibel zeigen und sich ein bisschen bewegen. Seit Jahren kämpfen wir dafür. In Corona haben wir es jetzt erprobt, und das positive Beispiel muss jetzt in eine Regelmäßigkeit umgesetzt werden. Wenn wir dann auch noch den Flüchtlingen die Chance geben, sofort eine Arbeitsstelle anzutreten, egal, welchen Status sie haben, dann sind wir, glaube ich, ein paar Schritte weiter. – Danke schön.

Vorsitzender Guido Déus: Herr Sonders, auch Ihnen ganz herzlichen Dank. – Und wir kommen nochmal zum Beigeordneten der Stadt Köln, zu Herrn Rau, bitte.

Dr. Harald Rau (Stadt Köln): Herr Frieling, Sie haben nach privater Unterbringung gefragt. Auch Köln hat – ähnlich wie Kollege Renzel berichtet – mehr als 60 % der Menschen aus der Ukraine privat untergebracht. Das sind bei uns über 6.000 Menschen. Wir sprechen uns gegen eine zusätzliche Bezahlung der gastgebenden Familien aus folgendem Grunde aus:

Nicht primär wegen des Geld, das auch, aber aus einem anderen Grund. Mit einer solchen Zahlung würde so etwas wie eine Qualitätsaussage entstehen. Wenn wir sagen würden, bestimmte gastgebende Familien oder Anbieter eines Platzes sind quasi Empfänger dieser Leistungen, dann wäre das indirekt interpretierbar als ein Merkmal: Die Stadt sieht diesen Platz für besonders geeignet hat. Und diesen Qualitätsnachweis können wir schlichtweg bei dieser Zahl von Menschen nicht liefern. Das war unser Hauptgrund, dagegen zu sein. Und wir haben sehr dafür geworben, ganz reguläre Miet- oder Untermietverträge zu machen, um die dann über KdU ganz regulär als personenbezogene Geldleistung quasi bezahlen zu können.

Dann, Herr Moor, SPD, Sie haben von den Schulen gesprochen. Das sage ich Ihnen aus Köln, ich bin jetzt allerdings nicht für Schulen zuständig, aber ich nenne Ihnen einfach mal eine Zahl. 50 Schulen fehlen uns, Stand heute. Wir müssen 50 neue Schulen bauen, ja. Und das zeigt schon, wie unsere Situation da ist. Und bei Kitas sieht es nicht viel anders aus, sodass uns jede zusätzliche Bedarfssituation in größere Nöte bringt.

Herr Dr. Korte, Positivbeispiele, total gerne. Außerhalb Kölns tue ich mich leichter, jetzt einzelne zu nennen. In Köln würde ich das schwer tun. Dann würden sich die Nicht-Genannten, von denen es extrem viele gibt, benachteiligt fühlen. Aber ich nenne einfach eines, wo ich uns selber lobe. Als wir am Anfang im März starke Zugänge hatten aus der Ukraine, haben wir ganz schnell Messehallen zur Unterbringung aktiviert. Uns hat aber das Personal gefehlt, dort quasi die Betreuung zu machen. Und wir haben dann nicht nur in der eigenen städtischen Verwaltung, sondern auch in unserem Jobcenter, was bei uns in Köln hälftig von der Bundesagentur und hälftig kommunal getragen wird, geworben.

Die Geschäftsführerin des Jobcenters hat innerhalb eines Tages den Beschluss gefasst: Sie helfen dort aus, und zwar nicht nur in Form der üblichen Acht-Stunden-Tage der Sachbearbeitenden in einem Schichtbetrieb, sondern die haben wirklich sieben Tage die Woche in einem Dreischichtbetrieb über vier Wochen gearbeitet. Da haben Mitarbeitende unseres Jobcenters die Betreuung der ankommenden Menschen aus der Ukraine in den Messehallen geleistet. Das war eine gigantische Maßnahme. Städtische Mitarbeitende hatten sich da angeschlossen, haben sowohl in der Messe gearbeitet als auch in diesem Welcome Center. Das haben wir über viele Wochen aufrechterhalten. Städtische Mitarbeitende, die eigentlich an ihrem Schreibtisch tätig sind, sind da quasi rausgegangen und haben ganz neue Erfahrungen gemacht, von denen sie heute noch zehren. Das war total anstrengend, aber total gewinnbringend.

Zweites Positivbeispiel – ich habe eine Organisation herausgegriffen, da gibt es wirklich viele andere Migrantenselbsthilfeorganisationen –, ich nenne da einfach mal Phoenix. Phoenix hat hauptberufliche und ehrenamtliche Menschen, die selber Migrationserfahrungen haben, die Integrationskurse, Sprachkurse und alles, was zu beruflichen Qualifikationen und Heranführung führt, betreiben und anbieten, hauptsächlich Russisch und Ukrainisch, osteuropäische Sprachen mit großer Sprach- und Kulturkompetenz.

Ein drittes Beispiel, jetzt Kölner Werbung, ganz klar: Der 1. FC spielt nicht nur Fußball, sondern tut auch viel Gutes, hat eine tolle Stiftung. Eine Sache, die die ganz schnell gemacht haben – das war im April, glaube ich –, da ging es darum, eine ukrainische Jugendfußballmannschaft, die in Deutschland in einem Turnier spielen sollte, abzuholen. Die haben die selber abgeholt an der Grenze in Polen und haben sie nach Köln gebracht und auch selber zunächst untergebracht, das heißt, ein Hotel organisiert und auch diese Unterbringung bezahlt und da wirklich Betreuung geleistet. Es ging dann irgendwann natürlich an die Stadt über.

Dann die letzte Frage: Auf welche Weise können wir profitieren? Natürlich können wir profitieren. Alle denken reflexartig an Fachkräfte, wir auch, gar keine Frage. Gerade aus der Ukraine, ich war da in mehreren ankommenden Kursen dabei, kommen viele hochqualifizierte, mehrheitlich, Frauen, die in allen möglichen Berufen, die für uns total interessant sind, qualifiziert sind. Das kann uns nur helfen. Aber ich würde jetzt sagen: Es geht nicht nur darum, dass wir die Fachkräftepotenziale nutzen können, sondern dass wir auch kulturell usw. viel voneinander lernen. Gerade Köln ist da als Stadt der Vielfalt und der Integration ganz besonders positiv eingestellt.

Vorsitzender Guido Déus: Herr Dr. Rau, Ihnen auch herzlichen Dank, denn Sie haben ein ganz wunderbares Schlusswort dadurch formuliert, dass Sie diese Anhörung mit drei Positivbeispielen haben enden lassen. Und es wäre auch eine zeitliche Punktlandung. Wenn keiner meiner Kolleginnen und Kollegen mir was anderes signalisiert, dann würde ich gerne zum Dank an die Sachverständigen kommen, die an einem Freitagnachmittag zu uns in den Ausschuss gekommen sind.

Ich möchte Ihnen auf jeden Fall allen gemeinsam, ob Sie nach Norden, Süden, Westen oder Osten in Nordrhein-Westfalen müssen, einen guten Nachhauseweg wünschen und Ihnen den Dank dieses Ausschusses mitgeben, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Ein schönes Wochenende!

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich möchte mich vorab beim Sitzungsdokumentarischen Dienst bedanken, der zugesagt hat, es zu ermöglichen, die Mitschrift dieser Anhörung zu Beginn der 10. KW, das ist die zweite Märzwoche, zur Verfügung zu stellen.

Zum weiteren Beratungsverfahren: Der mitberatende Integrationsausschuss könnte sein Votum zum Antrag in der Sitzung am 15. März abgeben. Wir werden in unserer Sitzung am 3. März diese Anhörung auswerten und über den Antrag abstimmen. Eine weitere plenare Befassung mit dem Antrag ist nicht vorgesehen.

Ausschuss für Heimat und Kommunales
11. Sitzung (öffentlich)

20.01.2023
sd-beh

Ich möchte noch den Kolleginnen und Kollegen, die nicht der Obleuterunde angehören, mitteilen, wir haben uns verständigt, am 01.03.2023 zusammen mit dem Wirtschaftsausschuss zu TOP 1 in Fraktionsstärke zu tagen.

gez. Guido Déus
Vorsitzender

Anlage

07.02.2023/24.02.2023

**Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Heimat und Kommunales**

**Sichere Zuflucht braucht Organisation – Landesregierung muss Organisationschaos beenden und
Kommunen unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/1372

am Freitag, dem 20. Januar 2023
13.30 bis maximal 15.30 Uhr, Raum E 3 A 02

Tableau

Stand: 20.01.2023

Erbeten von	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	Stefan Hahn	
Dr. Christof Sommer Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Andreas Wohland	18/200 (Neudruck)
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<i>Dr. Markus Faber – erkrankt -</i>	
Norbert Nießing 1. Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Borken Vorstandsbereich B Stadt Borken Borken	Norbert Nießing	18/195 (Neudruck)
Sebastian Kopietz Stadtdirektor der Stadt Bochum Dezernat für Personal, Digitalisierung, Recht und Ordnung Stadt Bochum Bochum	Sebastian Kopietz	18/228 (Neudruck)
Bernd Essler Verein für Kommunalpolitik NRW e.V. Düren	Bernd Essler	18/171 (Neudruck)

Erbeten von	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Peter Renzel Vorsitzender des Geschäftsbereichs 5 (Soziales, Arbeit und Gesundheit) Stadt Essen Essen	Peter Renzel	18/220 (Neudruck)
Alfred Sonders Bürgermeister der Stadt Alsdorf Alsdorf	Alfred Sonders* - per Videokonferenz zugeschaltet -	18/194 (Neudruck)
Dr. Harald Rau Beigeordneter der Stadt Köln Dezernat V (Soziales, Gesundheit und Wohnen) Stadt Köln Köln	Dr. Harald Rau	18/205 (Neudruck)

Absage von eingeladenen Sachverständigen

Christian Woltering
Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Wuppertal
